

Ein neuer Vorschlag taucht auf
Englisch-französisches Mandat über
Abessinien?

Um den Besitz von Makalle
Gegen Gerüchte um den Zfoty
Polizei-Aktion gegen SPD-Konferenz
in Danzig

Schlägereien und Ueberfälle auf dem
Lande

Heute: Große Sportbeilage

DANZIGER

Volkstimme

Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus 6. Fernsprechanruf der Geschäftsleitung 287 08. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatlich 3.— G. wöchentl. 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3.— G. monatlich für Postumschlag 5.— G. wöchentl. 1 mm 0,16 G.; in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs

27. Jahrgang

Montag, den 13. Januar 1936

Nr. 10

Meldungen über Rückeroberung Makalles / Englisch-französisches Mandat über Abessinien

Ein neuer Vorschlag taucht auf

In den vielen Eigentümlichkeiten des ostafrikanischen Feldzuges gehört anscheinend das Auftauchen alarmierender Meldungen. Was sollte nicht schon alles zurückerobert worden sein: Abba, Afsum, Abbi und jetzt Makalle. Zwar ist es durchaus wahrscheinlich, daß die Kämpfe um Makalle zu Teilerfolgen der Abessinier geführt haben, aber von einer Einnahme dieser stark besetzten Stadt kann wohl kaum gesprochen werden. Die Hauptkämpfe spielten sich mehr in nordwestlicher Richtung von Makalle ab und hatten als nächstes Ziel eher eine Umgehung Makalles als eine Zurückeroberung. Italien dementiert daher die Gerüchte, und selbst in Abdis Abeba ist man skeptisch. Man wird also abwarten müssen, inwieweit sich die Nachrichten bestätigen. Der Regen hält an der Nordfront weiter an. Von seiner Wirkung kann man sich einen ungefähren Begriff machen, wenn man hört, daß die 800 Kilometer lange Straße zwischen Abdis Abeba und Dessale, dem Hauptquartier der abessinischen Truppen, so aufgeweicht ist, daß zu ihrer Bewältigung sieben Tage notwendig sind.

Nach und nach möchte man zu der Ansicht kommen, daß der Krieg in Abessinien langsam verläuft. Wohl hört die Welt von bevorstehenden Angriffen; einmal sollen es die Abessinier, das andere Mal die Italiener sein. Aber die Differenzen, zum sowjetischen Male angekündigt, werden anscheinend nicht durchgeföhrt. Auch aus dem Süden vernimmt man nichts darüber, ob die Italiener jetzt endlich den neuen Vormarsch antreten. Es scheint sich zu bewahren, daß ihre Kräfte in Schwach sind und der Nachschub aus Italien nicht ausreicht. Darum finden die Meldungen über eine nunmehrige Bereitwilligkeit Italiens zu einem annehmbaren Friedensschluß wieder stärkere Beachtung.

Zu dieser Woche soll, nach längerer Pause, das englische Kabinett zusammentreten. Es wird sich über die in Genf einzuschlagende Haltung schlüssig werden; aber man nimmt nicht an, daß England in Genf die Initiative ergreifen wird. Vielmehr hört man, daß ein etwaiger neuer Friedensvorschlag von einer kleinen Macht — Belgien — angeregt werden dürfte. Die wiederholten Versuche des belgischen Königs in London waren demnach also nicht ergebnislos. Wie der neue Friedensvorschlag aussehen soll, darüber ergeht man sich lebhaft in Vermutungen. Italien soll diesmal nicht abgeneigt sein, in die dargebotene Hand einzuschlagen. Aber wo findet sich ein Anknüpfungspunkt? Man meint, daß die Noten des Regens um Entsendung einer neutralen Untersuchungskommission als Ausgangspunkt etwaiger Verhandlungen geeignet wären. Wenn man schon untersucht, dann könnte die Kommission auch gleich Vorschläge ausarbeiten und unterbreiten. Die Gespräche drehen sich wieder um ein Mandat, das von Frankreich und England ausgeht werden würde. Italien könnte gewissermaßen nebenher gehen und im Laufe der Zeit in gewisser Beziehung beteiligt werden. Wie gesagt, das sind bis jetzt nur Wünsche und Vermutungen. Aber sie können sich schon in der nächsten Zeit zu greifbareren Dingen entwickeln. Denn in gewissen Generalstabkreisen ist man — und zwar nicht erst seit heute — um das weitere Schicksal Italiens auf dem abessinischen Kriegsschauplatz besorgt und wünscht endlich eine Liquidierung des gefährlichen Unternehmens.

Die Gerüchte um Makalle

Nach in Abdis Abeba eingetroffenen abessinischen Meldungen hat der rechte Flügel der Heeresgruppe Ras Seyoum den Angriff gegen Makalle vorgebracht. In den Morgenstunden des Freitags begannen erbitterte Kämpfe um die Stadt, die im Laufe des Tages mehrmals ihren Besitzer wechselte. Nach schwersten Nahkämpfen konnten sich die abessinischen Truppen, den abessinischen Frontberichten zufolge, am Freitagabend endgültig in Makalle festsetzen und behaupten. Eine größere Anzahl von Gefangenen, Gewehre, Munition und Kriegsmaterial sollen in die Hände der Abessinier gefallen sein. Einzelheiten fehlen noch.

Die abessinischen Meldungen von der Nordfront besagen, daß die Kämpfe um Makalle ihren Fortgang nehmen.

Besonders heftig seien die Kämpfe 20 Kilometer westlich von Makalle

Der abessinische Stoß richtete sich jetzt gegen Abaro, das ungefähr 25 Kilometer nördlich von Makalle liegt. Die Lage der Italiener wird in Abdis Abeba als äußerst gefährdet bezeichnet. Infolge des fast vierzehntägigen Regens seien sämtliche alten und neugebauten Straßen für den italienischen Nachschub gänzlich unbrauchbar geworden. Diese Lage werde von den Abessiniern auch weiterhin ausgenutzt.

Die Meldungen von der Südfront lassen erkennen, daß der Stab der italienischen Somali-Armee große Umgruppierungen vornimmt. Die meisten Streitkräfte würden aus Ogaden nach Ddbur und Lugh-Ferrandi geleitet.

Rom dementiert

Die im Auslande verbreiteten Meldungen über eine Rückeroberung von Makalle durch abessinische Truppen werden von amtlicher italienischer Seite dementiert.

Aus den amtlichen italienischen Berichten über die militärischen Operationen an der Somali-Front

zwischen dem 1. und 7. Januar ergibt sich eine rege Gefechts-tätigkeit und zahlreiche Erkundungs- und Bombenflüge von Seiten der Italiener.

In der Gegend von Dolo wurden zur Feststellung der Stärke der Streitkräfte von Ras Dosta eine Reihe von Aufklärungsflügen unternommen. Es wird berichtet, daß bei verschiedenen Zusammenstößen die Abessinier über 200 Tote verloren, während die Verluste auf italienischer Seite fünf Tote und einige Verletzte betragen. Hierbei gelang es, einen von den Abessiniern umzingelten Tank durch andere ihm zu Hilfe geeilte Tanks aus seiner bedrohlichen Lage zu befreien.

Selbst Abdis Abeba ist zurückhaltend

In amtlichen Kreisen in Abdis Abeba wird ein Gerücht von der Rückeroberung Makalles durch die abessinischen Truppen nicht bestritten. Man ist sogar der Ansicht, daß die Abessinier nicht beabsichtigen, die Stadt anzugreifen, da sie so stark besetzt sei, daß es nahezu unmöglich erscheine, sie erfolgreich zu fähren.

Der italienische Heeresbericht

Die amtliche Mitteilung Nr. 94 enthält folgenden italienischen Heeresbericht vom Sonnabend:

„Unsere nationalen und christlichen Abteilungen haben gestern starke feindliche Kräfte angegriffen, die sich auf die Umgehung des Zusammenflusses von Gabat und Geba vorgehoben hatten. Die unter Zusammenarbeit von Artillerie und Luftwaffe entfaltete Aktion hat mit dem Rückzug des Gegners geendet, dem unsere Abteilungen nachdrängten. Die Abessinier haben starke Verluste erlitten. Auf unserer Seite sind ein Korporal der Eingeborenen-Truppen und zwei As-karis gefallen; drei Offiziere, zwei Eingeborenen-Korporale und drei Askaris wurden verwundet. Die Luftwaffe war auf der ganzen Front eifrig tätig.“

Deßhagen. Alle Gelasse Gugla hat in Verbindung mit unseren politischen Behörden im Zuge die Einreichung seiner Krieger in Infanterie-Abteilungen, die bereits an der Front angepostet worden sind, und in Polizei-Abteilungen, die im besetzten Gebiet verteilt wurden, abgeschloffen.“

Italienisches Flugzeug abgestürzt

Auf dem Flugfeld bei Massaua ist Sonnabendabend ein italienisches Bombenflugzeug mit drei Mann Besatzung bei einem gewöhnlichen Übungsflug aus unbekannten Gründen abgestürzt. Die Besatzung, die gleiche, die vor einigen Wochen den Mechaniker Brago verloren hatte, konnte vom Fallschirm nicht mehr Gebrauch machen und hat den Tod gefunden.

Ein Sühnensverbot?

Ein Ausweg soll gefunden werden

Neuter schreibt in seiner Genfer Meldung, es fehle nicht an Zeichen, daß Italiens Haltung sich in der letzten Zeit beträchtlich geändert habe. Man habe Grund für die Annahme, daß irgendwelche praktischen Friedensvorschläge heute in Rom ganz anders aufgenommen werden würden, als noch vor wenigen Wochen.

Es sei jedoch die Frage, wer den ersten Schritt tun solle. England und Frankreich möchten dies nicht und Italien könne es nicht tun. Abessinien aber wolle nicht mit irgendwelchen Vorschlägen herauskommen. Es bleibe also nur der Völkerverbund übrig. Dieser verfüge auch über die technischen Hilfsmittel, um eine Versöhnung herbeizuführen, von der er aber nicht wisse, wie er sie in Bewegung setzen solle. Die Frage werde daher vom Völkerverbundsrat am 20. Januar erörtert werden. Anschließt der gegenwärtigen Stimmung der Mehrheit seiner Mitglieder sei es aber wahrscheinlich, daß dieser eher eine Ausdehnung der Sühnemaßnahmen als die Frage einer Versöhnungsaktion erörtern werde.

Der römische Berichterstatter des „Recht Barisien“ meldet seinem Blatt, daß man in Rom der Ansicht sei, eine neue Anregung zur Lösung des ostafrikanischen Streitfalles könne nach dem Scheitern des Laval-Goare-Planes nur vom Regens oder vom Völkerverbund kommen. Die kaiserliche Note des Regens, in der eine Untersuchung über die Art der Kriegsführung verlangt werde, könne für gewisse diplomatische Kreise in Rom eine neue Tatsache darzustellen.

Papst Pius und Frankreich

Anerkennung der französischen Friedenspolitik

Bei der Eröffnungssitzung des neuen Arbeitsjahres der Päpstlichen Akademie hielt Papst Pius XI. eine Ansprache, in der er kurz die internationale Lage und „die allenthalben am nationalen und internationalen Horizont liegenden düsteren schwarzen und drohenden Wolken“ erwähnte. Trotz

dieser ringsum vorhandenen Drohungen behalte jedoch sein Geist vollkommene Ruhe. Er bewahre einen tröstlichen Optimismus in der zuversichtlichen Annahme, daß „an irgendeiner Stelle dieses so düsteren und dräuenden Himmels“ Licht werde.

Der Erzbischof von Paris, Cardinal Verdier, hielt Sonnabend nachmittag in Paris einen öffentlichen Vortrag, in dem er u. a. über die Mitarbeit der katholischen Kirche an der Aufrechterhaltung des Friedens sprach. Cardinal Verdier führte weiter aus, der Papst habe ihm gegenüber kürzlich noch geäußert, daß die Friedenspolitik Frankreichs für ihn auf dieser Erde die größte und beste Hoffnung darstelle. Frankreich habe wohl niemals eine rühmlichere und ergreifendere Anerkennung gefunden.

Der Kampf mit den Tanks

Amtlich wird aus Abdis Abeba mitgeteilt, daß die abessinischen Truppen bei den Kämpfen im Lembienggebiet (Nordfront) in der letzten Woche zwanzig italienische Tanks erbeutet haben.

Die voraussichtliche Haltung Englands

Vor der Kabinettsitzung — Die Meinung der Presse

Wie die Blätter berichten, tritt das britische Kabinett voraussichtlich diese Woche zum ersten Male nach Weihnacht zusammen. Neben den britisch-ägyptischen Beziehungen, der Bergarbeiterfrage und anderen innerpolitischen Fragen wird der italienisch-abessinische Streit erörtert werden.

Die Mehrzahl der Blätter ist der Ansicht, daß sich das Kabinett in den Fragen der Desselperre und neuer Friedensbemühungen für eine Politik des Abwartens entscheiden und auf der Völkerverbundratsitzung in Genf die Führung zunächst anderen Staaten überlassen wird.

Der politische Mitarbeiter der „Morningpost“ glaubt, daß es im Kabinett beträchtliche Meinungsverschiedenheiten geben werde. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily Mail“ glaubt, die Mehrheit der Minister halte eine Desselperre für nicht erforderlich; zudem stellen sie eine Gefahr für den Frieden dar. Die Vertreter dieser Politik müßten, daß sie auf die Unterstützung Laval's rechnen könnten. Andere britische Minister jedoch, und zwar besonders diejenigen, die die Ablehnung der Pariser Friedensvorschläge verantworten, glauben, daß der abessinische Streit am schnellsten durch eine sofortige Desselperre beendet werden könnte. Außenminister Eden seinerseits wolle zeigen, daß er bereit sei, alle Möglichkeiten zur Erzielung des Friedens zu erschöpfen, ohne zu herausfordernden Maßnahmen zu greifen.

Die aus Genf, Paris und Brüssel kommenden Gerüchte, daß die belgische Regierung einen neuen Friedensplan vorbereite, finden große Beachtung. Bei diesem angeblichen Plan soll es sich darum handeln, einen Völkerverbundsausschuß unter gleichzeitiger Aussetzung eines Waffenstillstandes nach Abessinien zu entsenden. „News Chronicle“ meldet, in diplomatischen Kreisen sei man ziemlich erstaunt gewesen, daß Mussolini mitgeteilt habe, er würde eine solche Unternehmung nicht ablehnen, und daß auch Paris den Vorschlag begrüßt habe.

Die Kleine Entente und England

Abkehr von Frankreich?

Der unerwartete Besuch König Carol's von Rumänien in Belgrad wird von der englischen Presse stark beachtet. „Daily Telegraph“ meldet aus Belgrad, trotz der amtlichen Dementis könne mitgeteilt werden, daß der wirkliche Grund für den Besuch politischer Natur sei und die Frage der Delfunktionen betreffe. Prinzregent Paul von Jugoslawien wünsche, wie man sage, eine eingehende Erörterung mit König Carol über die Stellungnahme der beiden Länder zu der Frage schärferer Sühnemaßnahmen. Eine besondere Rolle habe dabei der Jugoslawien von Großbritannien vorgelegte Fragebogen über die Stärke der jugoslawischen Flotte, die Flottenstützpunkte und ähnliche Dinge gespielt.

An anderer Stelle schreibt der „Daily Telegraph“, der Besuch König Carol's in Belgrad scheine das Vorspiel einer Reihe derartiger diplomatischer Reisen zu sein. Wahrscheinlich werde der rumänische König im März nach England kommen. Sein Besuch werde voraussichtlich von diplomatischer Bedeutung sein. In letzter Zeit seien vermehrte Anzeichen dafür festzustellen, daß die Staaten der Kleinen Entente und besonders Rumänien den Schutz ihrer Unabhängigkeit mehr bei England als bei Frankreich suchen.

Carlouis wird verabschiedet. Aus Anlaß des Jahrestages der Saarabstimmung wird am heutigen Tage eine sogenannte Befreiungsfeier in Saarbrücken stattfinden. Reichsinnenminister Fried und Gauleiter Bürdel werden bei einem „Befreiungsmarsch“ anwesend sein. Die frühere Garnisonstadt Carlouis soll zur Feier des Tages einen deutschen Namen erhalten.

„Wer angreift, bricht sich den Hals“

Bedeutungsvolle außenpolitische Erklärungen der Sowjetunion

Der sowjetrussische Präsident des Rates der Volkskommissare, Molotow, hat im Zentral-Exekutivkomitee über die internationale Lage gesprochen. Unter großem Beifall erklärte er, Sowjetrußland lebe mit den meisten Ländern der Erde in Frieden. Eine Anzahl von Mächten jedoch, er nannte vor allem Deutschland, Italien und Japan, verfolge eine aggressive Politik. Jeder, so fuhr Molotow fort, der gegenwärtig eine Politik des Angriffs wage, werde sich den Hals brechen. Auf Deutschland übergehend, erklärte Molotow, die Sowjetunion habe den Wunsch, die russisch-deutschen Beziehungen zu verbessern, was schon aus der Tatsache hervorgehe, daß Rußland im vergangenen Jahre einen deutschen Kredit für den Ausbau der deutsch-russischen Handelsbeziehungen vereinbart habe. Noch sei aber die Tatsache in Geltung, daß Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ die Forderung aufgestellt habe, Deutschland solle durch Ausdehnung im Osten Gebiet erwerben. Das Deutsche Reich habe erklärt, daß Molotow damit Deutschland nicht vorhandene territoriale Absichten auf Sowjetrußland und Randstaaten-Gebiet unterbreite. Zum Schluß ging Molotow auf die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Japan ein. Die Nachricht von einem Abschluß eines militärischen Abkommens zwischen Japan und Deutschland zwingt die Sowjetregierung, alle nötigen Maßnahmen zum Schutz Rußlands sowohl an der westlichen als auch an der östlichen Grenze zu treffen.

Japan wird die Flottenkonferenz verlassen

Die entscheidende Sitzung des japanischen Kabinetts

In einer Nachtsitzung von Sonnabend zu Sonntag beschloß sich das japanische Kabinett mit der Frage auf der Londoner Flottenkonferenz und legte die Anweisungen für die japanische Abordnung fest. Die Admiralitätskonferenz sollte diese Anweisungen. Auch der Kaiser genehmigte sie. Daraufhin wurden sie sofort nach London gebracht.

In der Sitzung des Kabinetts erklärte der älteste Minister Takahashi die schwierige Weltlage. Er regte an, daß die japanische Abordnung in London nochmals eindringlich die Haltung Japans erläutern solle. Der Minister brachte zum Ausdruck, daß Japan ruhig und in freundschaftlicher Form die Flottenkonferenz verlassen solle, wenn sich kein anderer Ausweg ergebe.

Wie bekannt wird, sehen die Anweisungen der japanischen Regierung vor, daß die japanische Abordnung auf der Flottenkonferenz das Schwergewicht auf die effektive Abrüstung der Angriffswaffen lege, um damit ausdrücklich den Friedenswillen Japans zu beweisen. Der Friedenswille der anderen Mächte wäre nicht zu erkennen, wenn der japanische Vorschlag abgelehnt werden sollte. Der Austritt Japans an der Flottenkonferenz bedeute einen Appell an die Welt für den Frieden. Die gesamte japanische Presse fordert die friedliche Trennung Japans von der Flottenkonferenz, falls kein anderer Ausweg möglich sein sollte.

Nächste Sitzung der Flottenkonferenz am Dienstag

Die nächste Sitzung der Flottenkonferenz, die bereits kürzlich von Freitag auf Montag verschoben worden war, wird erst am Dienstagvormittag stattfinden. Japan wird keine Forderung auf Annahme einer gemeinsamen oberen Tonnenbegrenzung erneut erheben. Am Mittwoch wird hierauf die japanische Forderung erörtert. Am Donnerstag oder Freitag aber wird die japanische Forderung voraussichtlich abgelehnt werden. Japan wird hierauf die Konferenz verlassen.

Kemmer betont, daß die Annahme, Japans Ausscheiden bedeute das Ende der Konferenz, in den Hintergrund getreten sei.

Der wahre Freund Japans

Außenminister Eden hat — wie aus Tokio berichtet wird — dem Vertreter der japanischen Zeitung „Nisaka Mainichi“ eine Unterredung gewährt. Eden soll bei dieser Gelegenheit behauptet haben, er verführe, warum Japan nicht nachgeben. Selbst wenn die Flottenkonferenz zusammenbräche, würde Großbritanniens Politik der wahren Freund Japans bleiben. Eden hoffe, daß England und Japan in ihrer Zusammenarbeit fortzuschreiten würden in der Erinnerung an die früheren freundschaftlichen Beziehungen.

Die neue Sitzung der französischen Kammer

Japanpolitik im Vordergrund — Anfrage über die UdSSR

Dienstag tritt unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein französischer Ministerrat zusammen, der sich mit der Tagesordnung der Frühjahrs-Sitzung des Parlamentes befassen wird. Am gleichen Tage versammelt sich unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten, Abg. Cazals, auch die Kammer, um das neue Präsidium zu wählen.

Der Kammer hatten in der neuen Session keine besonderen Aufgaben, und es werden nur nachdenkliche Gesetzesvorläge zur Verabschiedung gelangen. Höchstwahrscheinlich wird es zu ausführlicheren Debatten über die Aggression und über die zivile Resistenz kommen. Von bedeutenderen Interpellationen dürfte zunächst eine solche über die Wiederherstellung der französischen Kolonien zu erwarten sein. Des Weiteren sollen von der Kammer mehrere Anfragen über die UdSSR bzw. den Schritt an Sowjetrußland kommen. Der Senat möchte die russisch-französischen Beziehungen auf diese Weise klären.

Schließlich ist es, daß die außenpolitischen Fragen im Zusammenhang mit der neuen Sitzung mindestens in der Kammer diskutiert werden. Für das Kabinett sind dies aber angesichts der Abmachungen mit England keine Gefahr mehr bedenklich.

Drucke zu Moskwa. In Antwort in der Spätsprache Anna Palmer in ihrer persönlichen Wohnung in der Park Avenue verfaßt werden. Palmer, der als Journalist großes Ansehen genies, hat eine Sensationsmeldung von einer Wiltshire Zoller erhalten. Für sie möchte er Präsident Roosevelt persönlich in Kenntnis setzen. In seiner Vorbereitung hat Palmer dem Präsidenten am 2. Dezember und 3. Dezember 2 Briefe in denen er fragte, um zu wissen, der genannte Journalist ist unbekannt. Palmer legte ein Gesandnis ab. Er ist nicht mehr geantwortet.

Die politischen Streitigkeiten zwischen den polnischen Demokratischen Verbänden in Warschau haben sich am 19. Januar eine öffentliche Demonstration in Warschau gegen die Verdrängung der polnischen Minderheiten in Litauen zu veranlassen.

Seit dem 1. Januar. Ein Antrag über die Einbürgerung wurde vor kurzen die Kammer, daß sich unter denjenigen japanischen Sozialdemokraten, welche nicht angeschlossen wurden sind, auch die früheren Mitglieder des Parteivorstandes der kommunistischen Sozialdemokratie, Karl Seig und Heinz Joseph befinden. Jetzt wird dazu bekannt, daß diese

Nachricht nicht richtig und Seig gleichfalls amnestiert ist. Frau Noia Hochmann wurde nur deswegen nicht amnestiert, weil sie die Strafe bereits verbüßt hat.

Die Frage der Reichsreform

Angeblieh Einberufung des Reichstages nach Worms geplant

Der Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ berichtet, daß in Berlin gegenwärtig Pläne für eine auf Anfang Juni einzuberufende Reichstags-Sitzung erwogen würden. Diese Sitzung soll hauptsächlich der Verabschiedung eines Gesetzes über die Reichsreform dienen. Man wolle die Verabschiedung darüber in einem möglichst einflussreichen Rahmen erfolgen lassen und denke darum an ein Abhalten der Sitzung in Worms am Rhein. Auf Worms ist man gekommen, weil es die Stadt der Kämpfe und Schauplatz mehrerer Reichstage des 15. und 16. Jahrhunderts ist. Man denkt besonders an Kaiser Maximilian und seine Forderungen zu einer Reichsreform, die auf dem Wormer Reichstag von 1495 in der Verkündung des ewigen Landfriedens und der Einsetzung des Reichskammergerichtes gipfelte — ein Schritt, der bekanntlich den Schwabenkrieg und die Lösung der Schweiz aus dem Reichsverband nach sich zog. An der gleichen Stelle soll nun im Juni die nationalsozialistische Reichsreform verkündet werden. Das Gesetz werde sich jedoch nur auf die Verhängung der schon vorher verabschiedeten Vorarbeiten beschränken insofern die Aufhebung der einzelstaatlichen Parlamente ausgesprochen. Der Reichsreform das unbeschränkte Recht der Gesetzgebung zuerkannt und die Einrichtung der Reichsstatthalter erfolgt ist. In den letzten verflochtenen zwei Jahren ist außer der Vereinfachung der Justizverwaltung wenig oder nichts für die praktische Durchführung der Reichsreform geschehen. Namentlich um ein altes Lieblingsprojekt des Reichsministers Dr. Frick und anderer Verfassungsrechtler der Partei, die Aufhebung der Länder und die Einteilung des Reiches in gleichmäßig große Gaue, ist es still geworden. Gegenwärtig wird in der deutschen Presse ein Verbot der öffentlichen Erörterungen über die Reichsreform und Neuaufbaufragen veröffentlicht, und zwar, wie es in dem Erlass heißt, „um Verwirrung und Beunruhigung der Bevölkerung und Wirksamkeit zu vermeiden“. Auch Diskussionen über angeblieh geplante Änderungen von Bezirks- und Kreisgrenzen innerhalb der bestehenden Länder sind untersagt. Es ist seit Ende 1933 das dritte Mal, daß ein derartiges Verbot ausgesprochen wird. Die Wiederholung dieser Vorkehrungsmaßnahmen seitlich immerhin der Vermutung, daß einige Pläne in Vorbereitung sind, über die man Arbeit allerdings erst in der vorgezogenen Sitzung des Reichstages erhalten dürfte.

Schwere Angriffe gegen die Macdonalds

Konservative gegen Konservative — Die Wahl der Macdonalds fraglich

Mandolph Churchill hielt am Sonnabend vor den Konservativen des Wahlkreises Ross and Cromarty eine Rede, die im Ton sehr leidenschaftlich gehalten war. Er wies darauf hin, daß die Ansetzung Malcolm Macdonalds nicht Baldwin in die Schanze geschoben werden könne. Für die Fraktion sei die konservative Partei-Zentrale und das Büro des Parteipreßbüros der Partei verantwortlich.

Wenn man Malcolm Macdonald nach seinen Fähigkeiten beurteilen wollte, so würde er nicht Kabinettsminister sein, sondern nur einen kleinen Posten in der Regierung bekleiden. Malcolm und sein Vater Malcolm Macdonald seien nur angesetzt worden, da man in einer nationalen Regierung Männer aller Parteien haben wolle. Beide Macdonalds würden als Vertreter der Arbeiterpartei hingestellt. Aber, so fragte Churchill, welche Arbeiterpartei werde denn durch sie vertreten? Gebe es einen einzigen Arbeiterwahlkreis, der für diese beiden Männer sei? Auch sei es grotesk, die beiden Macdonalds als national zu bezeichnen. Die konservative Versammlung bejahe auf diese Rede mit 160 gegen 47 Stimmen hin, Mandolph Churchill anzuhören.

Der Parteipreßbüro der Konservativen für Schottland hat eine Erklärung veröffentlicht, der zufolge die konservative Partei „selbstverständlich“ Macdonald, den Kandidaten der nationalen Regierung, und nicht den unabhängigen Kandidaten Mandolph Churchill unterstützen werde. Man könne auch nicht erwarten, daß der Premierminister Baldwin anders handeln würde. Auch dieser werde das Mitglied seines Kabinetts unterstützen.

Erklärung Baldwin

Anschließend des starken Widerstandes gegen die Kandidatur der beiden Macdonalds bei den Wahlen in Schottland hat Ministerpräsident Baldwin eine Sonderbotschaft an die schottischen Unterparlamentarier geschickt, in der er die Kandidatur Malcolm Macdonalds energisch bekräftigt. Baldwin schreibt: „Ich bin der Ansicht, daß Macdonald bei dieser Wahl ohne Warten unterstützen werden soll, da ich es für außerordentlich wichtig halte, daß er als Mitglied der Regierung, zu deren Staatssekretär er im Jahre 1931 so viel beigetragen hat, im Parlament bleibe.“

Für die Nationalen-Wahlkreise wurden als Gegenkandidaten Malcolm Macdonalds Professor Gird für die schottischen Nationalisten und Mr. Dr. Cleghorn Thomson für die Arbeiterpartei aufgestellt.

Schritte gegen den neuen Sejm

Schritte gegen den neuen Sejm

Die polnische konservative Zeitung „Czas“ veröffentlicht eine bemerkenswerte Artikelserie von Prof. Stargowski über „Parlament ohne politische Organisation“. Infolge der neuen Verfassung sei in das polnische Parlament eine ziemlich einflussreiche Masse von Abgeordneten eingegangen. Diese Masse werde durch keine Parteibindungen zusammengehalten, was sich im zweifachen Richtungs bemerkbar mache: in der Lage des einzelnen Abgeordneten und in der Lage der Regierung gegenüber einem aus Einzelabgeordneten bestehenden Sejm. Der Abgeordnete erziehe sich zwar einer gewissen Selbstständigkeit, die ihm jedoch bald ziemlich bedrückend werde. Er finde keinen Halt an einer Partei, da es eben keine Parteien gebe. Das erziehe ihn jede Initiative, da er nicht wisse, wie diese angenommen würde; er müsse im Sejm stillstehen und frage weder seine Freunde noch seine Gegner über auch die Lage der Regierung sei dabei ganz eigenständig. Er habe zwar keine Parteibindungen zu bestimmten, habe aber gleichzeitig nie die Gewissheit, daß das Parlament für unterstützen werde, da das Ergebnis jeder Abstimmung von isolierten Meinungen abhängen. Nebenwirkungen können deshalb jeden Tag eintreten. Und es empfinde deshalb die bedrückende Frage, ob das Regierung bei einem partiellen Sejm wirklich existieren werde.

Es ist sehr bemerkenswert, daß solche Zweifel über das neue System des Sejms nun sogar in konservativen Kreisen aufkommen.

Der deutsche Reichstag nach der Schweiz ist am Sonntag im den letzten Tagen geistlicher Beiprächtigungen wieder aufgenommen worden.

Presse-Spiegel

„Gegen die moderne politische Mystik“

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der regierungsfremde „Kurjer Poranny“ einen Leitartikel, in dem Betrachtungen zu der jüngsten Vorkriegs-Roosevelts angeknüpft werden. So heißt es darin: „In der schmalen Atmosphäre der internationalen Beziehungen erscholl ein kräftiges Signal des Präsidenten Roosevelt. Dieses Signal ist eine Warnung für alle Staaten Europas, eine Ermütigung für alle Friedensfreunde und eine Kampfanfrage an alle Feinde des Friedens... Es richtet sich in Wirklichkeit gegen die moderne politische Mystik, die in den sogenannten Totalstaaten ihre Verförperung fand. So sind die Worte Roosevelt zu verstehen, und sie richten sich besonders gegen eine Politik des von Roosevelt verurteilten Glaubens an das Recht des Schwertes.“

Das Blatt bringt dann zahlreiche Zitate aus den Reden Mussolinis, in denen gegen den Faschismus Stellung genommen wird, und fährt dann fort: „Dieses Evangelium des Krieges, diese Selbsterklärung, diese Herrschaftsucht sind Merkmale eines Epitoms, das sich von allen demokratischen Systemen unterscheidet. In Demokratien ist die Souveränität des Staates von unten und von oben begrenzt: Von unten durch Achtung vor den Rechten des Einzelnen, von oben durch Achtung vor anderen Völkern. Der Totalstaat dagegen erkennt nichts an, was seine Macht beschränken würde, weder von unten noch von oben. Er repräsentiert das Absolute. Die Einzelnen sind verpflichtet, ihm zu dienen und ihm ihren Willen unterzuordnen... Der Staat häuft politische und wirtschaftliche Hindernisse zwischen den Völkern auf, die den Zweck haben, die Welt in eine Reihe von autarken Besitzungen zu zerlegen. Er richtet zwischen den Nationen etwas auf, was viel gefährlicher ist als territoriale und Zollgrenzen, nämlich geistige Grenzen, richtige chinesische Mauern, die den benachbarten Völkern die gegenseitige Verständigung erschweren. Das internationale Recht als einen Traum und den Völkerbund als Gerabwürdigung ihres nationalen Stolzes verwerfend, erkennen die totalitären Diktaturen nur den Krieg an als das einzige Mittel zur Lösung ihrer Probleme. Und wenn eine Friedenszusammenarbeit zwischen den Staaten nicht nur möglich ist, sondern immer größere Ausmaße annimmt, würde ein Bund der Diktaturen eine Unmöglichkeit sein: Denn jede Diktatur stützt sich auf Ueberzeugung des nationalen Gefühls, das mit dem Hyper-Nationalismus des Nationalismus zusammenstoßen muß...“

Der Faschismus als System gelangte zur Macht zuerst in der Person Mussolinis vor dreizehn Jahren. Es fehlte in dieser Zeit nicht an ersten Stimmen, die den Charakter des Faschismus kritisierten. Es waren die Stimmen einzelner Politiker und Männer der Wissenschaft, höchstens Stimmen einzelner Gruppen und sozialer Strömungen. Zum erstenmal hat ein kritisches Urteil über den Faschismus ein Vertreter einer Großmacht abgegeben. Obwohl in diesem Urteil eigentlich nichts Neues enthalten ist, was man nicht schon früher darüber gehört hätte, neu und wichtig ist hier die Autorität, die nun diese Meinung verbreitet und unterstützt...“

Bezeichnend ist, daß die heutigen Staatsmänner auf dieser und der anderen Seite des Atlantischen Ozeans sich von einer politischen Anschauung abwenden, die vor dreizehn Jahren so triumphierend ihren Einzug in das römische Capitol hielt.“

Tendenzen der Bekenntniskirche

Ueber die derzeitige Lage im protestantischen Kirchenkampf bringen die „Basler Nachrichten“ einen Artikel, der von der Stellung der beiden Flügel der Bekenntniskirche ein treffendes Bild gibt. Es heißt darin:

Die positive Einstellung der Bekenntniskirche (zu den Kirchenaustritten, s. Red.) ist erfolgt unter dem Einfluß der lutherischen Landesbischöfe. Das ist kein Zufall. Dem Luthertum ist von jeher eine enge Verbindung mit dem Staat und Einordnung in ihn Tradition, während der reformierte und presbyteriale Kirchenbund dem Staat gegenüber eine selbständigere und freiere Haltung einnimmt. So ist es nicht minder kein Zufall, daß in den Bekenntnissen, wo er vorherrscht, also vor allem im Rheinland-Westfalen, das Zentrum des Widerstandes der protestantischen Bekenntniskirche gegen die staatliche Aktion, ihre stärksten Kräfte und ihre Leitung sind finden.

Auch regional tritt eine wesentliche Unterscheidung scharf zutage. Der Kampf der Opposition der Bekenntniskirche hat sich jetzt im wesentlichen nach Norddeutschland verschoben, während die lutherischen Kirchen eine ruhigere Entwicklung haben. Auch das ist kein Zufall. In Preußen speziell hat das Gewaltregime Müller sich in seiner ganzen Schärfe abgepielt, und wenn es jetzt auch abgeklungen hat, so hat es doch tiefe Spuren der Verbitterung zurückgelassen und viele Gemeinden bis auf diesen Tag schwer zerrüttet.

In den lutherischen Kirchen liegen dagegen die Dinge wesentlich anders. Zwei von ihnen, Württemberg und Bayern, haben ja freilich auch schwere Eingriffe in ihr Recht und Gewaltmaßnahmen gegen ihre Bischöfe ertragen müssen, aber die lutherischen Aktionen des Reichswalters Jäger blieben wie er selbst doch nur eine Episode, die dann durch die Rehabilitierung der Bischöfe Meister und Sturm durch Müller ihre schwere Desavouierung erfuhr. Vor allem aber: Die innere Körperlichkeit hielten sich hier hinter ihre Kirchenführer und wählten das Recht ihrer Kirchen, die keine Gewalt von ihnen zu trennen vermochte.

In allen drei lutherischen Kirchen ist die legale Kirchenleitung von zuvor auch durch die Kampfeiten hindurch bis heute an ihrem Platz geblieben, und in keiner läßt die Bekenntniskirche, wenn diese Kirchen auch gegen das Regime Müller sich ihrer vorläufigen Kirchenleitung angeschlossen, kirchenregimentliche Befugnisse aus. Es bestand auch keine Personalausgabe dazu. In keiner dieser lutherischen Kirchen sind Geistliche wegen ihrer kirchenpolitischen Einstellung diszipliniert worden. Aus diesen gegenüber Norddeutschland sehr verschiedenen Verhältnissen erklärt es sich zum wesentlichen Teil, wenn hier für eine Verständigung ein erheblich günstiger Boden besteht als im Norden, auch im Kirchenvolk selbst.

Vielleicht ist in dem, was der Kirchenminister bisher erreicht hat, am bedeutsamsten sein tatsächlicher Erfolg: Der Miß in der Bekenntniskirche. Wird er zur äußersten Konsequenz, der Trennung des oppositionellen Flügels von der Kirche, führen? Das wäre für die evangelische Kirche ein unerheblicher Verlust an religiös stärksten Kräften, für diese selbst ein unendlich schwerer Weg.“

Der griechische Thronfolger bei englischen Aristokraten. Die in Athen liegenden englischen Zerstörer gingen Sonntag zu Manöver in See. An Bord des Zerstörers „Gyron“ nimmt der griechische Thronfolger an den Manövern teil.

Festsetzung des französischen Bergarbeiterstreiks. Die Arbeiter des Mont-Bledens haben Sonntag früh eine Abkündigung über einen Regelungsvorschlag der Bergwerksleitung verweigert, der dem Streik durch die Erhöhung der Zahl der Arbeitstage von 21 auf 23 im Monat, allerdings unter Beibehaltung der Lohnföhrungen, ein Ende bereiten sollte. Dieser Vorschlag wurde mit sehr großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Der Streik geht daher weiter.

Danziger Nachrichten

Polizei bei einer sozialdemokratischen Landkonferenz

18 Personen zum Polizeipräsidium sistiert — Abgeordnete wurden durchsucht

Gestern vormittag fand im Café Bischofshöhe eine Konferenz von Delegierten der Sozialdemokratischen Partei aus den Landkreisen statt. Die Konferenz war gut besucht. Etwa gegen 10 1/2 Uhr erschien plötzlich ein großes Polizeiaufgebot, bestehend aus ungefähr 20 Beamten der Politischen Polizei und 10 Beamten der Schutzpolizei unter Führung des Kriminalkommissars Claß. Die Beamten erklärten, es bestünde der Verdacht, daß es sich bei der Konferenz um eine getarnte Versammlung des politisch aufgelösten Allgemeinen Arbeiterverbandes handle. Die Polizeibeamten nahmen Durchsuchungen der Konferenzteilnehmer vor. Durchsucht wurden auch, trotz Protestes und Hinweis auf ihre Immunität, einige Abgeordnete des Volksrates. 18 Konferenzteilnehmer, deren Legitimation als nicht ausreichend angesehen wurde, wurden nach dem Polizeipräsidium sistiert, nach ihrer Identifizierung jedoch wieder entlassen. Der Abgeordnete Dopfer wurde, als er sich zur Teilnahme an der Konferenz nach dem Café Bischofshöhe begab, angehalten und ebenfalls, trotz Hinweis auf seine Immunität, durchsucht. Eine Reihe von Konferenzteilnehmern, die erst später eintrafen, wurden unbefehligt gelassen.

Die Konferenz konnte später ihren Fortgang nehmen. Nach den Referaten der Abgeordneten Brill und Dopfer fand eine lebhafte und angeregte Diskussion statt, in der die Landdelegierten interessante und ausschlußreiche Angaben über den politischen Stimmungsumschwung auf dem Lande machten.

Schlägereien auf dem Lande

In Schönbaum

Wie jetzt bekannt wird, kam es am 2. Weihnachtsfeiertag in Schönbaum zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Landarbeitern. Im Lokal Gründemann war ein sogenannter deutscher Tanz veranstaltet worden, der still und friedlich verlief, bis einige SA-Leute, von einem Kameradschaftsabend in Nideiswalde kommend, das Lokal zum „Nachwärmern“ aufsuchten und bald mit einigen nicht gleichgeschalteten Gästen in Streit gerieten. Als sie sich in der Uebermacht sahen, warfen sie einen Landarbeiter zum Lokal hinaus und schickten einen zweiten Arbeiter an, den sie mit einem Ehrenbolch so über den Kopf schlugen, daß der Ueberfallene von dem Gendarmeriewachmeister zu seiner Wohnung begleitet werden mußte.

In Groß-Zünder

Am Sonnabend, den 4. Januar, kam es in Groß-Zünder vor dem dortigen Kino zu einer Schlägerei. Wahrscheinlich hatten die Beteiligten vorher mehr als nötig getrunken. Ein in der Weberei beschäftigter junger Mann hatte sich gegen etwa 12-15 SA-Leute zu wehren, die er sich vom Leibe hielt, schließlich aber doch der Uebermacht erlag. Das 12-15 Mann einen einzelnen überwinden, ist keine Heldentat. Ertröbst er noch mit Fußtritten traktiert wurde.

Ueberfall auf eine Wohnung in Junterader

Vor der Wohnung der Witwe Klombus in der Armenate des Dorfes Junterader versammelten sich vor kurzem des Nachts etwa 15 Personen in Räuberzivil, die sich den Anschein gaben, als wenn der Landjäger bei ihnen sei. Man versuchte, den 23 Jahre alten Walter Klombus aus der Wohnung zu locken, hatte damit jedoch keinen Erfolg. Darauf zerkümmerte eine Gruppe das Fenster und drang so in die Wohnung ein, während eine andere mit einem Baumstamm die Türe einrammte und auf diese Art Eingang in die Wohnung erhielt. Die Eindringlinge schlugen dann in furchterlicher Weise auf Walter Klombus ein, doch gelang es ihm, aus der Wohnung zu entkommen. Bei der Flucht kam er zu Fall, worauf er erneut in die Hände seiner Peiniger fiel. Während ein Teil der Täter Walter Klombus vor der Wohnung mißhandelte, wurde von den anderen die Wohnungseinrichtung der Witwe völlig demoliert. Eine Ärztin leistete dem Ueberfallenen die erste Hilfe. Da Lebensgefahr für den Verletzten bestand, wurde er auf Kosten der Gemeinde Junterader mit einem Auto ins Krankenhaus nach Ziegenhof gebracht. Der ganze Körper des jungen Arbeiters war mit blauen und schwarzen Stellen und Blutergüssen bedeckt. Zwei der Täter sind erkannt worden.

Ueberfall auf einen SPD.-Gemeindevorsteher

Nach einer Gemeindevorsteherprüfung in Prant

Der Gemeindevorsteher Milz aus Prant hatte die Gemeindevorsteherprüfung am Donnerstagabend zu einer Sitzung geladen, die unter anderen Punkten die Erledigung eines Antrages des sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Spill vorlag. Wie wir unlängst berichteten, hatte der sozialdemokratische Gemeindevorsteher bei der Gemeindevorsteherprüfung einen Antrag auf Gewährung einer Sonder-Winterbeihilfe für sämtliche Erwerbslosen. Wohlfahtsrechtsunterstützungsempfänger und alle ihnen gleichgestellten Personen (Reinrentner usw.) eingebracht. Dieser Antrag war um so mehr angebracht, als in der vorausgehenden Gemeindevorsteherprüfung die Grundvermögenssteuer bereits für das Rechnungsjahr 1935 von 10 auf 15 Gulden vom Tarifend erhöht worden war. Wenn man von der Angabe des Kassendirektors Z. nach der das gesamte Grundvermögen von Prant auf 4 Millionen veranschlagt wird, ausgeht, so ist das eine Einnahme an Grundvermögenssteuer für die Gemeinde Prant von 60 000 Gulden. Da aber, wie bereits angeführt, die Steuer rückwirkend für das Rechnungsjahr 1935 erhöht worden ist, so ist das eine Mehreinnahme von 20 000 Gulden. Die Nachzahlungen dieser Mehrbeträge müssen bis spätestens 15. Februar d. J. bei der Gemeindekasse eingegangen sein, wobei in dem vom Gemeindevorsteher Milz unterzeichneten Steuerbescheid darauf aufmerksam gemacht wird, daß Einsprüche gegen diesen Steuerbescheid unzulässig sind. In früheren Jahren ist es nun so Brauch gewesen, daß, wenn die Steuern eine beträchtliche Summe mehr erbrachten, den Erwerbslosen eine Sonderzuzahlung gewährt wurde.

Der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Spill begründete seinen Antrag vorwiegend mit Äußerungen nationalsozialistischer Führer und führte dabei auch den Artikel des „Vorposten“ an, der sich mit der wirtschaftlichen Lage der Danziger Handelsvertreter beschäftigt und in dem darüber Klage geführt wird, in welchem Maße die Konsumkraft der Danziger Bevölkerung geschwunden ist. Der Gemeindevorsteher Spill hatte diesen Weg der Argumentierung gewählt, um mit Urteilen aus der Nationalsozialisten authentischen Quellen Beweis für die Notwendigkeit einer Sonderzuzahlung zu führen. Jedoch mißfiel

Herrn Milz auch diese Art der Beweisführung. Nachdem der Gemeindevorsteher Spill betont hatte, daß die Unterstützungssätze im Verlaufe der letzten Jahre erheblich reduziert worden sind und daß die Guldenabwertung eine weitere schwere Belastung gerade den Erwerbslosen und allen ihnen gleichgestellten Personen gebracht habe, unterbrach ihn der Gemeindevorsteher Milz, meldete sich selbst zur Geschäftsordnung und stellte den Antrag, dem Gemeindevorsteher Spill das Wort zu entziehen, da er — nach Ansicht des Herrn Milz — eine politische Rede halte.

Darauf ergriff der Gemeindevorsteher Milz selbst das Wort, wobei er von einem „Saufstall“ sprach, den sie übernommen hätten, und die Schulden, die die Roten und Schwarzen gemacht hätten, abarbeiten müßten. Zur Guldenabwertung bemerkte er, daß sie notwendig gewesen sei, da Juden und Marxisten (!) den Danziger Gulden in Gefahr gebracht hätten, und erst sie, nämlich die Nationalsozialisten — so meinte Herr Milz — ihn gerettet hätten. Allerdings hat Herr Milz keinen Beweis dafür erbracht, wie Juden und Marxisten die Urheber der Guldenabwertung sein sollen. Zum Schluß seiner Ausführungen meinte der Gemeindevorsteher Milz, daß der Antrag auf Gewährung einer Sonder-Winterbeihilfe nur aus Gründen der Agitation eingebracht worden sei und nur den Zweck habe, Zwiespalt in die Arbeitermassen zu tragen. Aus der oben angeführten Begründung des Gemeindevorsteher Spill wird die Prantser Arbeiterschaft aber entnehmen können, daß der Antrag lediglich ernste, wohlgemeinte Wünsche verfolgte. Nichts lag dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ferner, als etwa mit demagogischen Anträgen aufzumachen. Die oppositionellen Volksvertreter, die es auch in Prant mit der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter ernst meinen, haben gar keine Zeit und Lust, Herr Milz, auf demagogischen Siedenperden herumzureiten! — Der eingebrachte Antrag verfiel selbstverständlich dann der einstimmigen Ablehnung durch die Nationalsozialisten gegen die Stimmen der Opposition.

Kaum hatte der Gemeindevorsteher Spill sich vom Gemeinbeamt entfernt, als er hinterwärts von Personen in

Halbuniform überfallen und besinnungslos geschlagen wurde. Nur der Umstand, daß der eine ihn begleitende Zentrumsgemeindevorsteher um Hilfe rief, hat den Gemeindevorsteher Spill vor größerem Unheil bewahrt. Sp. hat erhebliche Verletzungen am Kopf, die offenbar von Schlägen mit einem harten Gegenstand herrühren, davongetragen. Die beiden Täter sind inzwischen bereits ermittelt und selbstverständlich ist gegen sie Strafantrag gestellt worden. Diese Gewalttätigkeit, begangen an einem über sechzig Jahre alten Mann, ist bestimmt keine Ruhmesstat. Die Prantser Arbeiterschaft bringt ganz offen ihre Sympathien für den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Spill zum Ausdruck und zollt ihm weitestgehenden Dank für sein mutiges Eintreten für die Notleidenden.

Unwillkürlich erinnert man sich bei solchen gewalttätigen, höchst unfairen Exzessen, die die Ueberwindung des politischen Gegners zum Ziele haben sollen, einen Ausspruch eines bekannten Politikers des verflochtenen Jahrbuchers, der da sagte, daß, wenn jemand sich nicht mehr mit den Waffen des Geistes verteidigen kann, er annehmen müsse, daß diese ihm ausgegangen sind.

Den Verletzungen erlegen

Der Halschuh des Unterbauführers der Hitler-Jugend

Wir berichteten am Sonnabend, daß der Unterbauführer der Hitler-Jugend in der Danziger Niederung, der 19 Jahre alte Groß, mit einem schweren Halschuh in das Krankenhaus eingeliefert wurde. Groß ist noch am Abend des Tages seiner Einlieferung im Krankenhaus an den Folgen des Schusses verstorben.

Wir kennen die Hintergründe dieser Tragödie, sehen aber davon ab, sie im einzelnen zu schildern. Wir möchten es dem „Vorposten“ überlassen, über diese Angelegenheit ganz so eingehend zu berichten, wie es damals beim Tode des Danziger Kaufmanns Casfel geschah. Nur eine Frage haben wir noch: Wie kam dieser 19-jährige zu der Schußwaffe?

Die Entlassungen in den städtischen Betrieben

Nach welchen Gesichtspunkten wurden sie vorgenommen? / Die Prozesse vor dem Arbeitsgericht

Vor den Danziger Arbeitsgerichten schwebt zur Zeit eine große Anzahl von Prozessen, in denen Arbeiter und Angestellte der städtischen Betriebe ihre Entlassung mit der Behauptung bekämpfen, daß die Kündigung wegen ihrer politischen Einstellung, ja zum Teil sogar nur wegen ihrer Nichtzugehörigkeit zu nationalsozialistischen Organisationen erfolgt sei. Die Kündigungen, auf die diese Prozesse zurückgehen, sind fast sämtlich in der Zeit zwischen Juli und September des letzten Jahres ausgesprochen worden und sind vom Senat unter Berufung auf die von ihm angeordneten Sparmaßnahmen begründet. Man wird sich erinnern, daß der Senatpräsident in der Volkstagsitzung Ende Juni, als der Widerstand der Opposition das Zustandekommen verfassungsändernder Gesetzesverhandlungen angekündigt hat, daß der Senat zu rigorosen Sparmaßnahmen greifen werde, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Von diesen „rigorosen Sparmaßnahmen“ sind die Bediensteten der öffentlichen Betriebe wohl mit am schwersten betroffen worden.

Nicht weniger als 400 städtische und staatl. Arbeiter und Angestellte wurden gekündigt bzw. entlassen.

Es handelt sich fast durchweg um Leute, die seit langen Jahren, zum erheblichen Teil seit mehr als zehn, zum Teil sogar noch sehr viel länger, seit 20, ja seit 30 Jahren dem Staat und der Stadt Danzig treu gedient haben. Die Entlassenen behaupten, im wesentlichen unwiderprochen, daß in den zwei Jahren des nationalsozialistischen Regimes mindestens ebenso viele Neueinstellungen erfolgt sind, daß diese Neueinstellungen fast durchweg „alte Kämpfer“ waren, und daß von diesen, die doch mindestens ein geringeres Anrecht auf Erhaltung dieser Arbeitsplätze hatten, fast niemand entlassen worden ist.

Soweit es sich bei den Entlassenen um Arbeiter und Angestellte handelt, die seit weniger als zehn Jahren beschäftigt waren, hat das Arbeitsgericht ihre Klagen abgewiesen. In den nächsten Wochen werden die ersten dieser Prozesse schon in der Berufungsinstanz verhandelt werden.

Bei den mehr als zehn Jahre Beschäftigten kommt nämlich noch ein weiterer Gesichtspunkt hinzu. Hier haben

die Tarifverträge, die zwischen den alten Gewerkschaften und dem Senat vereinbart sind,

Entlassungen, die nicht gerade von dem Arbeitnehmer selbst verschuldet waren, fast unübersteigbare Schranken entgegengestellt. So muß bei Arbeitern ein Kündigungsausschluß, der aus zwei Vertretern des Senats, zwei Gewerkschaftsvertretern und einem mit ihrer Zustimmung ernannten unparteiischen Vorsitzenden besteht, der Kündigung zustimmen, damit sie wirksam werden kann. Diese Zustimmung ist, wie die Praxis von 15 Jahren beweist, niemals gegeben worden, wenn nicht ganz besonders schwerwiegende Verstöße auf Seiten des Arbeitnehmers vorliegen. Der Senat hat in früheren Jahren auch niemals, selbst nicht in der schlimmsten Notlage, versucht, sich durch Kündigung seiner langjährigen Arbeiter zu entledigen. Fast noch stärker ist

der Schutz, den der Angestelltenarbeitsvertrag den Angestellten gibt,

die nur nach Anhörung des Angestelltenausschusses und, wie der Tarifvertrag ausdrücklich sagt, nur aus wichtigen Gründen entlassen werden durften, vor allem nicht wegen Arbeitsmangel, wenn noch irgendwo in einem öffentlichen Betriebe eine Beschäftigungsmöglichkeit bestand. In zahllosen Entscheidungen hat das Landesarbeitsgericht bestätigt, daß dieser Tarifvertrag bewußt den langjährigen Angestellten einen Vorzug einräumen will und den Senat zwingt, auch bei seinen organisatorischen und Sparmaßnahmen die Interessen dieser Angestellten stets zu berücksichtigen.

Auf diese Rechtsgrundlagen haben sich die mehr als zehn Jahre beschäftigten Arbeiter und Angestellten der städtischen Betriebe gestützt.

Der Senat wendet ein, die Entlassungen hätten einen so großen Umfang, daß es unmöglich sei, irgendwelche Gruppen von Arbeitnehmern zu bevorzugen. Der Senat habe nach Möglichkeit soziale Interessen berücksichtigt. Die Entlassenen haben das bestritten. Sie meinen, daß es durch kein Interesse der Verwaltung gerechtfertigt sein kann, wenn z. B. im Elektrizitätswerk, das seit 1933 ohne Not mindestens 60 Neueinstellungen vorgenommen hat, 50 Entlassungen vorgenommen werden, sich hierunter aber nur drei oder vier von diesen Neueinstellungen befinden, andererseits aber vier oder fünf Jahre Beschäftigte. In allen diesen Prozessen wird auch darauf hingewiesen, daß es auffällig sein muß, daß fast ausschließlich Leute, zur Entlassung gekommen sind, die

irgendwann einmal in einer sozialistischen oder christlichen Organisation hervorgetreten sind und ziemlich reiflos die, welche sich in diesen zwei Jahren des nationalsozialistischen Regimes der Gleichschaltung widersetzt haben.

Diese Prozesse laufen nun alle schon seit vielen Monaten.

Der Senat hat sich bisher stets damit begnügt, sich auf die Sparmaßnahmen zu berufen, die er doch selbst angeordnet hat, und sich geweigert, die Gründe anzugeben, die ihn zur Kündigung gerade dieser Kläger veranlaßt haben. Inzwischen aber haben die Kläger so viel Material zusammengetragen, aus dem sich ergibt, daß sachliche Gründe für die Kündigung nicht maßgebend gewesen sein können, daß der Vertreter des Senats sich genötigt gesehen hat, in einer Verhandlung vor dem Arbeitsgericht, die in diesen Tagen stattfand, zuzugeben, daß nicht gerade die (politisch!) Zuberlässigkeiten und nicht gerade nationalsozialistischen von den Entlassungen betroffen worden sind. Es ist verständlich, wenn der Vertreter des Senats sich gegen diejenigen wendet, die ihn so in die Enge getrieben haben, daß er dies Eingeständnis abgeben mußte. Er wandte sich deshalb mit scharfen Worten gegen den Allgemeinen Arbeiterverband, der eine große Zahl dieser Prozesse führt, und macht es diesem, dem herrlichen Vertreter der Arbeiterinteressen, zum Vorwurf, daß er den Klägern dabei behilflich gewesen ist, dies tatsächliche Material zusammenzutragen. Wir brauchen kaum zu betonen, daß es, rechtlich und moralisch gesehen,

das Recht der Gekündigten und die Pflicht der Gewerkschaft ist, alles zu tun und jede Ermittlung anzustellen, die den Klägern zum Erfolge verhelfen kann,

der ihnen doch nur dann gebührt und zuteil wird, wenn sie tatsächlich im Recht sind. Man wird nicht verstehen, wie der Senatvertreter sich dagegen wendet, daß die wirklichen Kündigungsgründe aufgeföhrt werden, wenn er glaubt, die Kündigungen verteidigen zu können. Um so erstaunlicher ist es, daß in dieser Verhandlung der Senatvertreter schließlich erklärte, daß diese Kündigung, zu deren Eingeständnis er nun genötigt war, berechtigt sei.

Wir erwarten mit den Klägern, daß das Gericht sich dieser Ansicht des Senatvertreter nicht anschließen wird, die nach unserer Ansicht in keinem Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien der Danziger Verfassung steht. Wenn die Verfassung es jedem verbietet, einen Arbeitnehmer wegen seiner politischen Gesinnung zu mahregeln, dann ist es eine Selbstverständlichkeit, daß diese Pflicht zur gleichmäßigen Behandlung den Staat und die öffentlichen Körperschaften in noch ungleich höherem Maße trifft. Eine Verfassung, die sogar den Beamten das Recht auf Meinungs- und auf Koalitionsfreiheit gibt, läßt es nicht zu, daß die Belegschaften der öffentlichen Betriebe nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammengekehrt werden, und daß bei durch Sparmaßnahmen notwendig gewordenen Entlassungen politische Erwägungen hineinspielen.

Ihre besonderen Reiz erhalten diese Prozesse dadurch, daß der Senat, nachdem diese Klagen eingereicht und auf die Tarifverträge gestützt waren, eine Reihe von Verordnungen erlassen hat, die nachträglich den Klagen das Fundament entziehen sollten, auf dem sie ruhten. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ sprechen in ihren Berichten über diese Prozesse ganz richtig von den Schwierigkeiten, die der Anklage Danziger arbeitsrechtlicher Bestimmungen an die Gesetze im Reich entgegenstehen. Der Senat hat ein sehr kompliziertes System von Verordnungen und Dienstabweisungen erlassen, das in seinem Zusammenwirken, wenn all diese Anordnungen gültig wären, wohl geeignet sein könnte, ihm in all diesen Entlassungsprozessen den Sieg zu sichern. Nur ist zum Glück für die Kläger von den Gerichten jedes Gesetz, jede Verordnung, jede Verwaltungsmaßnahme auf ihre Uebereinstimmung mit der Verfassung zu prüfen. Die Kläger sagen, daß es eine Entzweiung bedeutet, wenn ihnen durch eine nach Lageerhebung erfolgte Gesetzesänderung erworbene Rechte genommen werden sollen, und daß es eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes ist, wenn Sonderregelungen für die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe geschaffen werden, die sie schlechter stellen als alle anderen Arbeitnehmer.

Ueber alle diese, durch das noch zweifelhafte Schicksal der alten Gewerkschaften, durch die große Menge der verchiedenen Senatmaßnahmen sehr komplizierten Fragen ist im Verlauf dieser Prozesse sehr viel geredet und geschrieben worden. Es wird vermutlich noch lange Zeit dauern, bis so viel Klarheit geschaffen ist, daß mit einer Entscheidung gerechnet werden kann, von der allerdings unserer Ansicht nach im Endergebnis nicht zweifelhaft sein kann, daß sie schon aus verfassungsrechtlichen Gründen zugunsten der Entlassenen wird ausfallen müssen.

Wirtschaft-Handel-Schiffahrt

Vom deutsch-polnischen Handelsverkehr

Wieder tagen die Regierungsausschüsse — Erleichterungen bei kleineren Warenposten

Die Regierungsausschüsse für den deutsch-polnischen Handelsverkehr dürften in Warschau etwa am 15. d. M. zu einer zweiten gemeinsamen Sitzung zusammenzutreten. Dabei werden hauptsächlich die Kontingente für Ausfuhr und Einfuhr behandelt werden. Es soll dabei auch die Bilanz der bisherigen Auswirkungen des Handelsvertrages gezogen werden.

Für den deutsch-polnischen Warenverkehr sind im übrigen hinsichtlich der Berechnungsscheine Erleichterungen getroffen worden, die sich insbesondere auf Warenmengen geringerer Umfanges beziehen. Der polnische Finanzminister hat an alle Zollinspektoren, Zollämter und an das Zollinspektorialat in Danzig ein Rundschreiben ergehen lassen, das an die finanzministerielle Verfügung vom 18. November 1935 anknüpft und bei der speziellen Kontrolle des deutsch-polnischen Warenverkehrs vorzieht, daß sich für eine Anzahl von Waren die Vorlegung von Berechnungsscheinen bei der Ein- und Ausfuhr erübrigt. Der Erlass dieses Rundschreibens hängt mit den Vereinbarungen der beiderseitigen Regierungsausschüsse Mitte Dezember in Berlin zusammen. Von der Verpflichtung zur Vorlegung von Berechnungsscheinen besteht nach dem im Monitor Politi Nr. 2 vom 3. Januar 1936 erschienenen Verfügung u. a. Waren der Positionen 896, 897, 898, 899, 842, Punkt 1, 2 und 3, Position 843 und aus Position 1163. Letztere betreffen Glöhen, die aus Deutschland von bestimmten, in einem Anhang näher bezeichneten Buchhandlungen importiert werden. Ferner sind Berechnungsscheine nicht erforderlich für Warenproben, die Gegenstand von Staatsmonopolen sind und unter der Abreise der Monopolverwaltung einreisen, sofern die Monopolverwaltung schriftlich bescheinigt, daß die Warenproben unentgeltlich verschickt sind, außerdem Sachbücher deutscher Banken (Bemerkung zum Punkt 3 der Position 845 des polnischen Zolltarifs), die in das polnische Zollgebiet eingeführt werden, weiter Papmatrizen, die in der Anmerkung zu Punkt 6 der Position 1009 des polnischen Zolltarifs genannt werden, Lebensmittel, die von den Grenzbehörden zum Verkauf in das gegenüberliegende Grenzgebiet gebracht werden oder innerhalb des Grenzgebietes gekauft werden, sofern der Wert dieser Gegenstände in einer Sendung den Betrag von 50 Zloty nicht übersteigt. Diese Vergünstigung wird unabhängig von den Erleichterungen, die in dem Abkommen über den kleinen Grenzverkehr vorgesehen sind, angewendet.

Bei der Ausfuhr von Eisenwaren, die auf Landwegen ausgeführt werden und den Wert von 20 Zloty nicht übersteigen, bzw. die auf andere Weise, z. B. durch die Post oder durch die Eisenbahn, befördert werden und den Wert von 50 Zloty nicht übersteigen. Auch sind dafür keine Berechnungsscheine vorzulegen. Schließlich erfolgt die Vollbefreiung von Postsendungen im Werte von höchstens 70 Zloty ohne Berechnungsscheine, sofern der Empfänger der Sendung eine schriftliche Verpflichtung in zwei Exemplaren hinterlegt, daß er den Gegenwert für die Sendung im Verkauf von zehn Tagen gemäß den Bestimmungen des deutsch-polnischen Berechnungsscheinenabkommens regulieren werde.

Die Dats-Krise. Sie haben schon kürzlich gemeldet, daß die große und bekannte tschechische Dats-Schiffahrt in ihrem Betriebe wegen gewisser Schwierigkeiten Stilllegungen beabsichtigt. Auch in der Krise durch jahrelangen Kapitalismus umstritten worden, denn Dats erhebt sein Stammkapital von bisher 175,4 auf 500 Millionen tschechische Kronen. — Nicht uninteressant ist es, daß man vermischt, daß in Frankreich gegen die Datsischen Produktions- und Konsumtionsmethoden mit allen Kräften zur Wehr zu setzen, da das Fortbringen Dats die Grundlagen der französischen Schiffindustrie und des Schiffhandels gefährdet. Die Datsische Schiffs- und Schiffbauindustrie der französischen Schiffs- und Schiffbauindustrie, die Handelskammer des Schiffbauhandwerkes eine Art Schiffs- und Schiffbauindustrie in Form eines über den Verbänden stehenden Ausschusses geschlossen. Erhält werden durch diese Organisation etwa 50.000 Arbeitsplätze. Man kann die Gründung in erster Linie als eine Maßnahme gegen das Fortbringen Dats in Frankreich auffassen. Dats hat, wie Minc' mitteilt, in dem großen

Gothringer Werk Sellocourt die Arbeiterzahl innerhalb eines Jahres von 1200 auf 2400 im November 1935 erhöht und scheint eine weitere Produktionsvermehrung zu planen. Die gegenwärtige Tageserzeugung soll 10.000 Paar Lederstühle betragen.

Aus Polen

Um die Hebung der Schuldenmoral. Maßgebende Wirtschaftskreise in Polen sind der Ansicht, daß entschlossene Schritte zur Bekämpfung des weiteren Verfalls der Schuldenmoral in Polen am Platze seien, und daß hierfür Kampf eine unerläßliche Vorbedingung für das Fortbestehen und die Entwicklung des Kreditwesens sei. Angesichts der seit mehreren Jahren in Gang befindlichen Entschuldungsaktion, die sich auf immer neue Gebiete des Wirtschaftlebens erstreckt, hat sich in Polen eine außerordentlich schädliche Entschuldungsaktion entwickelt, die sich darin zeigt, daß „schlechter Wille“ in dem Verhältnis zwischen Schuldner und Gläubiger immer härter in Erscheinung tritt. Diese Erscheinung hat große materielle Verluste für die Gläubiger im Gefolge. Das finanzielle Unvermögen in vielen Fällen nicht vorhanden ist, erweist sich u. a. aus folgendem: Ein Handelsunternehmen, dessen Außenstände bei Landwirten etwa 10 Mill. Zloty betragen, die durch Gesetz auf 28 Halbjahresraten verteilt wurden, stellt fest, daß die Raten trotz weiterer Reinerneuerung über die Möglichkeit der Auszahlung der Rückzahlungsraten, nur mit geringer Verzinsung, vollständig eingegangen sind, und zwar lediglich deshalb, weil diese Verordnung zu spät bekannt geworden ist, ein Beweis, daß ein Zahlungsvermögen nicht vorliegt. Trotzdem habe man ein dreijähriges Moratorium für landwirtschaftliche Verbindlichkeiten eingeführt und damit das ganze Programm vieler Gläubigerinitiativen, die auf einen regelmäßigen Eingang der Rückzahlungsraten angewiesen sind, über den Haufen geworfen. Man fordert daher namentlich auch Erleichterungen für Industrie- und Handelsfirmen, die besonders stark durch das Agrarmoratorium beeinträchtigt worden sind.

Für eine verstärkte Vorkaufsleistung in Göttingen. Die Handelskammer in Göttingen hat dem Regierungskommissariat ein Memorandum überreicht, in dem die Notwendigkeit einer Reorganisation der Vorkaufsleistung hervorgehoben und bearbeitet wird. Das Memorandum weist auf die Notwendigkeit der alten Vorkaufsorganisationen wie auch auf die ungenügende Anzahl und Qualifikation der bisherigen Vorkaufsextoren hin.

Göttinger exportiert Kohle nach Südamerika. Der griechische Dampfer „Garras“ ist mit einer Ladung von 6188 T. Kohle und 50 T. Zirkonit von Göttingen nach Buenos Aires abgegangen. Einen Tag vorher hat in derselben Richtung der indonesische Dampfer „Prinz Famel“ mit 473 T. Eisen den Hafen verlassen.

Freiwillig aufgelöste Kartelle. Folgende polnische Kartelle haben sich bis jetzt freiwillig aufgelöst, da es unmöglich war, eine Freiheitskassierung im Rahmen der bestehenden Kartelle durchzuführen: 1. das Kartell der Erbsenfabriken, 2. die Konvention der Farben- und Lackfabriken, 3. das Abkommen über den Verkauf von Lithopon, 4. die Vereinbarung über den Verkauf von Glaubersalz und Salzsäure, 5. ein Abkommen über den Verkauf von Zinkweiß, 6. die Konvention über Kohlenvorkasse, 7. die Konvention über Phosphorämebl, 8. die Vereinbarung über den Verkauf von Papierfabrikation.

Günstige Handelsbilanz mit England. Der Handelsverkehr zwischen Polen und England zeigt in den ersten elf Monaten 1935 einen Mittelsaldo zugunsten Polens in Höhe von 62,1 Mill. Zloty. Die Einfuhr nach Polen betrug 104,3 Mill. die Ausfuhr 166,7 Mill. Zloty.

Die Entwicklung der Steinbohlenausfuhr. Nach vorläufigen Angaben betrug die Steinbohlenausfuhr aus Polen im Dezember letzten Jahres 72.000 Tonnen, mithin um 16.000 Tonnen mehr als im Dezember d. J. Im Dezember 1934 betrug sich die Steinbohlenausfuhr auf 90.000 Tonnen. Nach den einzelnen Monatszahlen wurden im Dezember ausfuhr: mittlereuropäische Märkte 113.000 T. (4000 T. weniger als im November), skandinavische 33.000 T. (1000 T. weniger), britische 5.000 T. (weniger), westeuropäische 15.000 T. (16.000 T. weniger), amerikanische 6.000 T. (21.000 T. mehr), nach der freien Stadt Danzig 21.000 T. (3000 T. weniger). Der Umschlag in den Häfen Polens hat sich erhöht im Ver-

gleich zum November um 66.000 auf 633.000 Tonnen, wobei er in Göttingen 447.000 T. (65.000 T. weniger) betrug, dagegen in Danzig 186.000 T. (1000 T. weniger). Die Steinbohlenausfuhr betrug sich im ganzen Jahr 1935, nach vorläufigen Erhebungen, auf 917.000 T., gegenüber 10.401.000 Tonnen im Jahre 1934. Mithin beträgt dieser Rückgang 127.000 T., demnach 11,79 Prozent. Die Steinbohlenausfuhrleistung ist keine Ueberrückung, denn das Abkommen zwischen den britischen und polnischen Kohlenindustriellen sah eine gewisse Beschränkung des polnischen Kohlenexports vor.

Entschädigung für Sanktionsfolgen. Der jugoslawische Ministerrat nahm den Bericht des Ministers für Handel und Industrie über das Handelsabkommen mit England zur Kenntnis. Dieses Uebereinkommen stellt einen Teil der Entschädigungen dar, die Jugoslawien für die bei der Durchführung der Sanktionen gegen Italien erlittenen Verluste erhält. Der Minister für Handel und Industrie wurde ermächtigt, mit Frankreich über die gleiche Frage in Vorschlägen einzutreten. — Im Zusammenhang mit der durch die Sanktionen geschaffenen Lage erregt in Belgrad die Meldung eines Laibacher Blattes großes Aufsehen, wonach die Holzindustrie in Slowenien in den nächsten Tagen die Schließung der Betriebe anordnen werde, da infolge der Ausfuhrverweigerung nach Italien die Vorräte nicht abgesetzt werden könnten. Falls dieser Beschluß verwirklicht werden sollte, würden etwa 60.000 Holzarbeiter in Slowenien davon betroffen und arbeitslos werden.

Sowjetunion beschränkt ihren Export. Im Laufe des Jahres 1935 exportierte Sowjetrußland verschiedene Lebensmittel und Industriegerzeugnisse nicht mehr. So wurde beispielsweise der Export von Feiern, bestimmter Fischkonserven, Lachsblättchen, Frischmilch, Gemüse- und Milchpulver, verschiedenen Pilzen, Honig, gebrühtem Obst, Makkaronen, Konditorerezeugnissen, Zigaretten, Gummischuhen, Linoleum, Spitzen, Seidengewebe, Parfümerien, Puppen, zum Teil auch Baumwoll- und Leinwandgewebe, Schuhe, Geschirre usw. untersagt. In diesem Jahr soll nun noch die Ausfuhr von Früchten, Nüssen, Nachorlatatabal, Lampenglas, Möbel, Sportgeräten, Stein- und Silberegzeugnissen usw. eingestellt werden. Die Exportbeschränkungen sind auf den steigenden Inlandsbedarf an Lebensmitteln und Industriegerzeugnissen zurückzuführen, der von der Hebung des Lebensstandards zeugt.

An den Börsen wurden notiert:

Deutscher Devisenmarkt vom 11. Januar. Von der Bank von Danzig sind folgende Notierungen in Danziger Gulden festgesetzt worden: Telegraphische Auszahlungen: Neuvork 1 Dollar 5,2695 — 5,2905; London 1 Pfund Sterling 26,12 — 26,22; Berlin 100 Reichsmark 213,03 — 213,57; Warschau 100 Zloty 99,50 — 100,20; Zürich 100 Franken 172,01 — 172,50; Paris 100 Franken 34,98 — 35,07; Amsterdam 100 Gulden 359,08 — 360,52; Brüssel 100 Belgas 80,02 — 80,38; Stockholm 100 Kronen 134,68 — 135,22; Kopenhagen 100 Kronen 116,62 — 117,08; Oslo 100 Kronen 131,19 — 131,71; Sankt Petersburg: 100 Zloty 99,50 — 100,20.

Danziger Effektenliste vom 11. Januar. In Danziger Gulden wurden notiert für 4 Proz. (früher 7 Proz.) Bsp. Hypothekendarlehen, Serie 19-26 53,00; Serie 27-34 53,00.

Warschauer Devisen vom 11. Januar. Belgien 80,35 — 80,58 — 80,72; Berlin 213,45 — 213,98 — 214,32; Holland 360,00 — 360,72 — 361,28; London 26,18 — 26,25 — 26,31; Neuvork 5,28 — 5,294; Paris 35,01 — 35,08 — 34,94; Prag 21,97 — 22,01 — 21,93; Stockholm 135,00 — 135,35 — 134,87; Schweiz 172,50 — 172,84 — 173,16; Sankt Petersburg: Deutsche Reichsmark im Umlaufverkehr in Warschau 129,00.

An den Produkten-Börsen

Danziger Produkten vom 2. Januar. (Letzte amtliche Notierung für 100 Hektol.) Weizen 130 Hektol. 19,00; Roggen 120 Hektol. 16,00; Gerste 15,75 — 16,25; Gerste, mittel, 15,25 — 15,60; Gerste, 11,475 Hektol. 13,00; Hafergerste 11,011 Hektol. 14,70; Futtergerste 10,506 Hektol. 14,30; Hafer 14,40 — 15,75; Weizenklein 28 — 31; grüne Erbsen 20 — 23; kleine Erbsen 20 — 22; Gelbsenf 22,50 — 24,50; Adersbohnen 19,25; Gelbsenf 36 — 40; Siden 21 — 22; Mohnobst 60 — 67; Nudelmehl 15,00 — 15,75.

Auf dem Danziger Getreidemarkt waren am Sonnabend vereinzelte geringe Preisrückgänge zu verzeichnen. Weizen stellte sich um 0,15 auf 19,45 Hektol. Roggen war etwas schwächer, und zwar für 13,90 Hektol. zu haben. Für 114,115 Hektol. Weizenkleinnotierungen waren bei 11,70 Hektol. Käufer vorhanden. Für gelbliche Gerste wurden 14,35 Hektol. bezahlt. Für Hafer war wiederum keine Nachfrage. Die Einfuhr nach Danzig betrug am 11. Januar: Weizen 11 Wagg. 168 T.; Roggen 21 Wagg. 320 T.; Gerste 36 Wagg. 546 T.; Hafer 19 Wagg. 288 T.; Siden 12 T.; Weizenklein 8 Wagg. 121 T.; Kleie und Dinkel 10 Wagg. 155 T.; Samen 1 Wagg. 15 T.

Polenen Produkten vom 11. Januar. Weizen 12,50 — 12,75; Weizen schwächer; Weizen 17,50 — 17,75; rubia; Gerste a) 13,75 bis 14,25; b) 13,25 — 13,50; rubia; Braugerste 14,25 — 15,25; rubia; Hafer 13,75 — 14,25; rubia; Roggenmehl 18,00 — 18,75; rubia; Weizenklein 31,75 — 31,50; rubia; Roggenklein 9,75 — 10,25; grobe Weizenklein 10 — 11,50; mahlere 10,00 — 10,75; Wintergerste 41 — 42; Winterweizen 11 — 11,50; Weizen 22 — 24; Wintergerste 22 — 24; Winterweizen 21 — 29; Weizen 64 — 68; Weizenklein 21 — 23; Weizenklein 19,00 — 19,50; Sonnenblumenöl 18,50 — 19,00; Rapsöl 13,25 — 14,00; Sommerweizen 22 — 24; Weizenklein 24 — 27; Weizenklein 22 — 25; Allgemeintendenz rubia.

VILLA OASE

ROMAN VON EUGENE DAHIT

BERECHTIGTE ÜBERSETZUNG VON BEJOT

III Fortsetzung

Die Nähe seiner Schwägerin hat sein Selbstvertrauen. Er ging ein Stückchen. Er dachte sich leicht. Ja, weshalb sollte er die Villa Oase nicht verlassen?

Sie sprachen den ganzen Nachmittag von nichts anderem. Julien würde auf Romantische eine kleine, bescheidene Wohnung mieten — da Irma nicht mehr da war, hätte auch der Großvater keine Berechtigung mehr — und berichte ihm die Wirklichkeit. Er würde bei ihr eilen, sein Leben im Familienkreis verbringen.

Gegen Abend brachte er die Verwandten zum Essen. Als der Zug sich in Bewegung setzte, hob er den Arm und rief: „Auf Wiedersehen!“

Das war ein guter Tag gewesen, der einen erhellenden Einblick hatte lassen. Er genoss sich im Gefühl der eigenen Stärke, die er in der Zukunft mit im Hause des Großvaters verbringen würde. Schließlich nahm er bald Frau Adams' Stelle ein. Gewiss, es würde nicht mehr so sein, wie er durch die Vergangenheit. Jemand grüßte ihn. Er sah sich nach entfernten Augen.

„Ich grüße Sie, Sie wären gewissermaßen, reiben der Zukunft.“

„Nein, Gott, man wird nie fertig mit der Arbeit. Sollen wir Paul gehen lassen?“

Paul war beherzeter, ebenso der Mutter. Auch Julien war glücklich über das Wiedersehen und hatte ausgeglichen: „Eine große Begrüßung, herzlich.“

„Wohin ist die Villa Oase wieder verbracht?“ fragte Julien.

„Ich will die Villa Oase verlassen und nach Pommern zurückgehen.“

„Wohin?“ fragte Julien.

„Wohin?“ fragte Julien.

Julien verbrachte eine ruhige Nacht. Als er erwachte, hatte er den Kopf voller Pläne. Er wollte den Garten wieder, das Haus in Ordnung bringen, keine Rente verlieren. Denn am Sonntag kam der Pater mit dem Käufer.

Er sollte eine Seite aus dem Katalog und begann zu mähen. Unter seinen Streifen lauschten Gräser und wilde Pflanzen und hatten noch im Vergehen einen herankommenden Duft. Die Sonne brannte ihm auf den Schulden. Julien hielt er inne, um eine Zigarette zu rauchen, half sein Herz zu betrachten und einen Gedanken an Irma, der ihm notwendig vorkam, zu verweisen.

„Alles in allem hat sie sich über mich mokiert.“

Er hatte nie gemerkt, daß man ihn zum besten hielt. Wenn er einer den Versuch machte, ihn zu küssen, hatte er, zum Glück, den Kopf abgewandt. Einmal kehrte er zu ihm und sah, daß er ihm einen Kuss gab. Auf seine Antwort sagte er: „Nein.“

Wenn man diesen Abend, dieser dunklen Zeit, je in die Dämmerung schauen sollte...

Wenn immer Irma sich jetzt ihm Irma zu betrachten, die von den Dingen nichts wußte, war kein Wunder. Er würde sich mit ihm Gedanken beschäftigen. Und, um die Erinnerungen zu sammeln, nach seinem anderen Grunde. Sie empfanden ihn langsam, die Erinnerungen. Der Klang ihrer Stimme hatte er nicht mehr im Ohr. Er sah die Photographie an, auf denen die Gestalt schlief und schlief. Was würde er nicht mehr von ihr wissen, und wenn er die Villa Oase verlassen hätte, hätte er sie vielleicht im kurzen Zeit ganz vergessen.

Er lag in guter Stimmung, und ging gegen drei wieder an die Arbeit. Er mußte später Paulen machen, um sich seine und seinen Gedanken.

Nach der zwei Tagen wurde ihm das Ganze eine Dialektik geworden. Seine Gedanken gingen an Freiheit denken, und wenn er sein Leben und Leben dachte, war ihm, als hätte er seine Hände eine kleine Zeit. Dabei hatte er sich umgesehen, konnte er sehen und was nach immer seine zwei Augen.

Die Erinnerung an Irma hatte ihn das Leben. Er dachte sich wieder kühler, und auch das letzte Lebensjahr war ihm klüger. Im Grunde war er ruhig. Sein Kopf war ganz ein wenig leer, hoffte aber unglücklich. Ihm fiel das Leben ein: Sie hatte Paulen, so wenig Irma, Paulen, Paulen...

Und ihm hatte er sein Leben eingeweiht. Jetzt war, nach langem Denken, im Sommer gekommen.

Als er am nächsten Morgen erwachte, war das erste, daß er das Fenster öffnete. Sein Köpfchen am Himmel. Er ließ den Blick über das Tal schweifen, in dem das Band der Seine glitzerte. Eine wirklich nette Gegend.

Aber er konnte ja immer mal herkommen und Monocle und Quailis bejagen. Mit dem Sirenenengel eines Schöpfers im Ohr ging er in die Küche, um Kaffee zu trinken. Solange würde nicht von seinen Plänen. Was würde sie sagen, wenn er sie ihr offenbarte?

„Du Mittag bringst du mir ein Kaffeebein. Und wir wollen uns raubalten, es ist schon acht vorüber.“

Die Hände in den Hosentaschen, ging er, ununterbrochen, hin. Das Wasser im Teich war durchsichtig, Pflanzen bewegten sich leise auf und nieder, der braune Rücken eines Nilschneiders auf. Sie mochte Irma es angefallen haben, da hineinzuweisen? Er ranzelte die Stirn und schüttelte die Gedanken von sich ab. Träumen konnte er ein anderesmal.

Die Brombeeren im Hintergrund des Gartens wucherten zu hoch. Er mußte sie mit der Hedenjähre fischen und machte sich Vorwürfe, daß er es nicht schon längst getan hatte. Irmas Tod war schuld. Von dem Schlag konnte er sich nicht so schnell erholen.

So, was war denn das? Unter den Fichten, an der Stelle, die er früher den Kammeraden als die Liebesede bezeichnet hatte, lagen ein Felsstein, eine Puppe und eine Eisenbahn.

Unter Pommerns Augen schienen sich häuslich niederzulassen zu haben. Aber ich sehe sie doch gar nicht mehr kommen.“

Er ging auf die kleine vernagelte Pforte zu. Sie hing lose in den Augen.

„Solange muß ich gebolten haben. Dafür kriegt sie ihren Anteil.“

Er war bald beruhigt. Der Stempel, wenn Irma gelebt hätte! Aber er hatte keine Angst vor Leben. Er mußte lachen, als er sich vorstellte, wie sich die Kinder heimlich in den Garten blickten. Tausende Hände. Als wenn er sie gefangen hätte.

Wie würde sich sein Leben wohl entwickeln haben, wenn Irma von ihm ein Kind gehabt hätte? Als er sie kennenlernte, mochte sie nicht davon hören, weil sie sich zu jung, später, weil sie sich zu alt fühlte. In den ersten Jahren war er übrigens nicht glücklich auf Nachtschlaf gewesen. Helene war vom Himmel gefallen, um ihn zu ihm zu bringen. Er würde sie nie geliebt haben. Aber ein eigenes Kind? Er wäre jetzt nicht allein und besäße eine lebendige Erinnerung an seine Frau.

„Zu spät. Denken wir nicht mehr daran.“

(Schluß folgt)

Im Flugzeug über dem Uberschwemmungsgebiet

Vom Mitropres-Sonderberichterstatter Michael Gores

M.P. Bordeaux, 9. Januar.

Vor zwei Tagen stand ich bei meinem alten Freund, Monsieur Dupont, auf dem Pont de l'Alma, und wir betrachteten die Seine. Der Fluß führte Hochwasser, die grauen Wogen brachen sich an den Brückenpfeilern, und Monsieur Dupont machte eine besorgtes Gesicht. Das Bombardement des Roten Kreuzes in Abessinien, die Rede von Roosevelt, das weitere Vordringen der Japaner in China ließen ihn ganz kalt. Das Hochwasser der Seine aber machte ihm Angst.

„Das ist ja eine wahre Katastrophe“, sagte er. „Glauben Sie es mir nur. Sie sind zu jung, Sie wissen nicht, was das bedeutet. Aber ich erinnere mich noch sehr gut des Hochwassers von 1910. Wir alle haben damals geglaubt, der letzte Tag für Paris sei gekommen! Ja, ja, mit diesem Unglück begann es. Und dies zog alles nach sich, den Krieg und die Krise... Und nun stehen wir wieder am Rande einer solchen Katastrophe...“

Ich versuchte, Monsieur Dupont, der ein alter Spieler ist, zu beruhigen. „1910 flogen die Wasser der Seine sechs Meter über den normalen Stand. Heute sind es kaum anderthalb. Die Welt wird nicht zugrunde gehen wegen des bisshen Wassers. Wir sind heute weiter als vor fünfundsamanzig Jahren.“ Und mit diesen Worten verließ ich meinen guten Freund und überließ ihn seinen pessimistischen Gedanken.

Aber zu Hause erwartete mich ein Telefonanruf: „Es ist noch ein Platz im Flugzeug des „Excelsior“ frei, das morgen früh das Uberschwemmungsgebiet überfliegen wird. Kommen Sie mit!“

Und so sah ich mit meinen eigenen Augen die Apokalypse einer Uberschwemmung, das furchtbare Hochwasser, das nichts verschont. Und ich gestehe, an diesem Tage vergaß ich vollkommen, daß es den Negus, Roosevelt und Japan gibt...

Aus dem Notizbuch eines Reporters

Acht Uhr früh. Der Himmel ist grau, als sich das Flugzeug vom Erdboden löst. Im letzten Moment, als sich der Propeller schon drehte, kam ein Mann angelaufen und bat flehentlich, mitgenommen zu werden. Er hatte eben erfahren, daß der Zugverkehr nach Nantes eingestellt war. Aber das Flugzeug war vollbesetzt, und er mußte zurückbleiben.

Zwölf Uhr mittags. Landung in Nantes. Eine volle Stunde lang kreisten wir über der Stadt. Der Pilot suchte nach einer Möglichkeit, niederzugehen. Aber der Flughafen ist ein einziger großer Teich. Rings um uns Wasser, Wasser, Wasser. Wir schienen schon über dem Ozean zu schweben, in den sich die Voire erst etwa zwanzig Kilometer weiter ergießt. Zuweilen ging das Flugzeug bei den Manövern so tief herunter, daß wir die grünlichen Wasser des unerlösten Klusses kriffen. Auf den Wogen schwammen eine Anzahl von Gegenständen. Tische, Stühle, Truhen, Türfüllungen, eine Wiege, eine Nähmaschine, ein Bild. Und, gleichgültig, eine Gipshülse von Napoleon.

Endlich landeten wir auf einem Hügel, nicht ohne Schwierigkeiten und Gefahr. Ein Polizeikontrollant kommt heran, der Photograph, zwei Kollegen und ich dürfen mitfahren. Das Auto ist viel mehr ein Boot, das auf wilden Wellen schwankt.

Zwei Uhr mittags. Wir haben eben eine wirkliche Tragödie miterlebt. Wir waren Zeugen, wie die Polizei ein Dutzend Bauernhäuser räumte. Die Bauern wollten ihren Besitz nicht verlassen. „Wir sind hier geboren. Laßt uns hier sterben!“ Sie klühten vor der Polizei mehr noch als vor den Waffern auf die Dächer ihrer Scheunen. Man mußte sie von dort mit Gewalt herunterholen. Auf einer der Scheunen hängten sie plötzlich einen religiösen Gesang an. Nantes, das alte bretonische „Raoned“, ist eine religiöse Hochburg geblieben.

Drei Uhr nachmittags. Nach der menschlichen Tragödie die der Tiere. Wir durchquerten die überschwemmte Stadt, wo alles Leben erloschen ist, alle Geschäfte verschlossen, die Keller und das Erdgeschloß unter Wasser stehen, und kamen zum Schlachthaus. Hunderte von Schweinen, Hammeln und Kühen wurden hier in Hast auf Lastwagen verladen. Hunderte sind in der allgemeinen Bewirung von den Wogen davongetragen worden. Sie sind dem Tode durch die Hand des Schlächters entgangen; sie fallen dem Wasser zum Opfer.

Man spricht in der Stadt voll Angst von übermorgen. Übermorgen ist Hochflut. Wird der Ozean, der ganz in der Nähe ist, das Zerbrückungswerk der Voire vollenden? Im Rathaus spricht ein sozialistischer Gemeinderat mit einem Vater. „Bitten Sie Gott, uns zu retten“, sagte der Sozialist. „Ich halte es mit Pascal: Da man das Dasein Gottes weder beweisen noch bestritten kann, soll man ruhig zu ihm beten.“

5.30 Uhr, Santes. Wir haben vor einer halben Stunde Nantes verlassen und sind in Santes niedergegangen, auf dem halben Wege nach Bordeaux. Wir werden aber auch hier kein Unterkommen finden. Auch Santes ist vollständig von den Waffern der Charente überflutet. Wir werden Zeugen des Todes eines kleinen Mädchens, der achtjährigen Renée Bettit. Sie ist im Stadtviertel Rioulles-Santes von dem flüchtigen Anwalt, das hier in die Charente mündet, mitgerissen worden. Man sucht sie noch immer, ohne den kleinen Körper finden zu können. Auf einer der Barken befindet sich ihre Mutter, die herzzerbrechend weint. Ihre Rufe „Renée, Renée!“ klingen uns noch in den Ohren, als wir Santes wieder verlassen.

Acht Uhr abends, La Rochelle. Wir haben in Santes keinen Benzin bekommen und eine Zwischenlandung in La Rochelle vornehmen müssen. Der Ozean droht. Seine Wasser verfluten sich in dieser stürmischen Brautnacht mit den Fluten der Ströme Frankreichs. Man erzählt uns vom Untergang des Dampfers „Petit Léon“, dem der kleine Schoner „Mungefer“ zu Hilfe gekommen ist. Kungesser, der große Flieger, ruht in der Tiefe des Ozeans. Das Dampferchen, das seinen Namen trägt, entriß brave Matrosen dem Seemannslobe.

Mitternacht, Bordeaux. Todmüde sind wir endlich angefangen. Die furchtbaren Bilder dieses Tages haben uns erschöpft. Nun sitzen wir vor Wein und Raviar. Es ist französischer Raviar, der erste, den man gerade dieses Jahr geschmeckt hat. Die Stäre der Gironde geben gute Ausbeute.

Am Tisch nebenan sagt jemand: „Wenn ich an Stelle von Roosevelt gewesen wäre...“ Wir müssen uns erst erinnern, wer Roosevelt ist. „Wenn man aus einem Lande zurückkommt, das ohne Licht ist“, sagt Edgar Allan Poe. „Ist es schwer, sich an das Licht zu gewöhnen?“ Wir haben eine Landschaft der Finsternis gesehen.

René Schidole auf dem deutschen Jager. Die Bücher des Grafen René Schidole, die bei den Verlagen S. Fischer und Rowohlt (Berlin) erschienen sind, wurden durch die Geheimen Staatspolizei beschlagnahmt. In den literarisch interessierten Kreisen hat dies Aufsehen und Befremden erregt. Schidole gilt als Künstler einer tief erlebten, hohen und freien Humanität. Seine weltanschauliche Haltung hat keinerlei politische Prä-

gung. Er sah in einer deutsch-französischen Verständigung keineswegs nur ein politisches Ziel, aufs innigste zu wünschen, sondern vor allem die große Möglichkeit, dem Elend zur Ruhe, zur Heilung von tausend Wunden zu verhelfen, die Atmosphäre zwischen den beiden Ländern zu entspannen. Man weiß nicht, weshalb gerade der Verfasser und Beantworter einer deutsch-französischen Verständigung einem solchen Verbot zum Opfer fiel.

Verkäuflicher Eiermangel in Deutschland

Die sich schon seit einiger Zeit in Deutschland bemerkbar machende Eierknappheit hat sich insbesondere in einer Reihe von Großstädten fühlbar verschärft. In Berlin sind z. B. weder Privathaushalte noch Restaurationen in der Lage, ihren Bedarf an Eiern auch nur annähernd zu decken. In einem großen Speiserestaurant, das zahlreiche Filialen in Berlin unterhält, werden Speisen, zu denen Eier gebraucht werden, nicht mehr verabfolgt. Der Grund für die Knappheit liegt darin, daß die Eizellen fehlen, und die winterliche Vegetationszeit der Hühner durch Einfuhr auszugleichen. Der „Angriff“ sucht mit folgenden Worten seine Leser offenbar darauf vorzubereiten, daß mit dem Knappwerden noch weiterer Lebensmittel zu rechnen sei.

„Ist das schlimm?“ so fragt der „Angriff“ und gibt gleichzeitig folgende Antwort: „Wir leben in den Jahren des Aufbaues und des schnell wachsenden Bedarfs. Kinder, Kühe, Schweine und Hühner geben sich Mühe mitzukommen. Alles Denkbare wird dafür getan.“

Die „Frankfurter Zeitung“ sieht die Ursache darin, daß die Kühlhausbestände der Reichsstelle für Eierbewirtschaftung im Vorjahre noch weit über das Jahresende hinaus für die Versorgung herangezogen werden konnten, daß sie sich dagegen in diesem Jahre schon frühzeitig gelichtet hätten. Die Einfuhr von Eiern lag dagegen während der ersten neun Monate 1935 unter der des Vorjahres. Die Versorgungs-schwierigkeiten bei Eiern seien auch auf die Verknappung von Milch und Butter zurückzuführen, durch die eine Verschiebung im Nahrungsmittelkonsum verurteilt wurde. Selbstverständlich werden bei der Begründung auch die gewöhnlichen Ausführungen über vermehrten Konsum, Bedürfnisse der Wehrmacht usw. nicht vergessen. Eröffnet wird darauf hingewiesen, bei der Fortdauer des ungewöhnlich milden Winters in diesem Winter könne damit gerechnet werden, daß in einigen Wochen die Vegetationszeit der Hühner wieder in vollem Umfang einsetzen würde.

Das Amtsblatt des Reichsnährstandes veröffentlicht eine ausführliche Zusammenstellung aller bisher schon auf dem Gebiete des Eiermarktes erlassenen Verordnungen, die dem vorbestimmten Einkommen die Bemühungen der Amtsstellen um eine ausreichende Versorgung nahebringen soll. Den Kampf gegen die Lebensmittelknappheit behauptet auch eine Auslassung des Arbeitsministeriums, das die Erhöhung der Mieten als unerwünscht bezeichnet.

Ausfiedlung aller deutschen Juden?

Ein unstrittiger Plan englisch-amerikanischer Kreise

Wie aus London berichtet wird, werden am 15. d. M. Sir Herbert Samuel, gefasener Innenminister Großbritanniens, und Oberkommissar in Palästina, Lord Beatrice, und Minister Samuel Marks in Vertretung der englischen Juden nach Neu-York reisen, um in U.S.A. ihren Plan zur Ausfiedlung der noch in Deutschland befindlichen Juden zu propagieren und die Aufbringung eines Fonds von zehn Millionen Pfund (250 Millionen Gulden) vorzubereiten. Die Aktion ist durch die Rührer der jüdischen Bewegung und die weiteren Maßnahmen gegen die Juden sowie durch den Rücktritt des Flüchtlingskommissars MacDonald angeregt worden. Wie weiter berichtet wird, hätten vor kurzem Führer der britischen Juden in London mit einem Abgesandten der deutschen Regierung verhandelt. Diese habe ihre Bereitschaft erklärt, die Auswanderung der deutschen Juden zu gestatten und ihnen auch die Mitnahme ihres Vermögens allerdings nur in Gestalt deutscher Barken zu gestatten. Die Ausreiseflosten für mittellose Juden sollen die ausländischen Juden tragen. Der Londoner Plan rechnet nach Maßgabe der Aufbringung des Fonds damit, daß in vier Jahren alle, oder wenigstens die meisten deutschen Juden aus Deutschland ausgefiedelt wären.

In jüdischen Kreisen stößt der Plan in dieser Form auf ziemlich starken Widerstand. Es wird geltend gemacht, daß er darauf hinauslaufe, die Juden förmlich den Nationalsozialisten abzulassen. Das Streben der englisch-amerikanischen Juden, ihren Glaubensgenossen in Deutschland zu helfen, wird zwar sehr begrüßt, doch glaubt man, daß dafür andere Lösungen gefunden werden müßten.

Eine Schweizerin in Deutschland verhaftet

Nach dreimonatiger Untersuchungshaft freigesprochen.

Aus der Schweiz sind schon wiederholt Berichte darüber eingetroffen, daß Personen, die ihren Aufenthalt für dauernd oder auch nur vorübergehend in Ostschiffen in der Nähe der deutsch-schweizerischen Grenze haben, beim Uebertreten nach Deutschland verhaftet worden sind. Einer der am meisten Aufsehen erregenden Fälle war bekanntlich die Affäre Jacob, die lange Zeit die Weltöffentlichkeit in Anspruch genommen hat. Aus Basel kommt nun eine ähnlich klingende Nachricht. Danach hat im Oktober vorigen Jahres eine Frau Bermelinger einen Brief erhalten, sie möchte doch nach Deutschland kommen. Bei ihrem Eintreffen in Waffeln wurde sie verhaftet und nach Pörrach gebracht. Ihr wurde vorgeworfen, daß sie Kurierdienste für die Kommunisten mache. Die Untersuchung nahm seit ein Vierteljahr in Anspruch und am 8. und 4. Januar fanden vor dem Volksgerichtshof in Kassel die Verhandlungen gegen die Angeklagte und ihre angeblichen Komplizen statt. Die Verhandlungen wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt. Die Verhandlung endete mit einem Freispruch der Frau Bermelinger. Der Staatsanwalt hatte ein halbes Jahr Justizkosten beantragt. Nach ihrer Freilassung mußte sich Frau Bermelinger in Kassel zuerst das nötige Bargeld zur Heimreise beschaffen. Am Montag ist die Frau — nach drei Monaten — nun nach Basel zurückgekehrt. Die Schweizer Deffentlichkeit beschäftigt sich mit diesem Fall und knüpft daran aufschlußreiche Schlussfolgerungen.

Der „Stadtpräsident“ von Berlin. Wie berichtet wird, ist ein „Gesetz über die Neugliederung der Stadt Berlin“ in den Grundrissen fertiggestellt, das nach dem Abgang des Oberbürgermeisters Dr. Saemmel dem bisherigen Staatskommissar Dr. Pippert die Attribute der Macht verleiht. Es soll am 1. Januar, dem nationalsozialistischen Jubiläumstage, bekanntgegeben werden. Pippert erhält den Titel „Stadtpräsident“, der die Erhebung in den gleichen Rang wie die preussischen Oberpräsidenten. Die Gouverneure der Provinzen andeutet. Das neue Gesetz verleiht nämlich der Stadt Berlin eine provinzielle Stellung. Der neue Stadtpräsident ist als Auslandsdeutscher in Pörrach geboren. Als Mitarbeiter von Dr. Goebbels war er fünf Jahre lang Chefredakteur des „Angriffs“.

Unter sich

Die „Frankfurter Zeitung“ gegen Angriffe aus nationalsozialistischem Lager

Die „Frankfurter Zeitung“ setzt sich mit bemerkenswerter Kühnheit mit ihren zahlreichen Kritikern auseinander, die sich fast täglich im Lager der nationalsozialistischen Parteipresse finden. „Die Frankfurter Zeitung“, so schreibt das Blatt, „ist gewohnt, angegriffen zu werden. Die Aufgabe, die ihr zukommt, ist nicht leicht. Die tägliche Erfahrung beweist uns, daß wir Angriffen von mehreren Seiten ausgesetzt sind. Den einen tun wir zu wenig, den anderen zu viel. Es gibt Blätter, denen nichts lieber ist, als ihre Spalten durch eine Polemik mit der „Frankfurter“ füllen zu können. Den Gefallen, ihnen dabei beihilflich zu sein, wollen wir ihnen im Interesse einer nützlicheren Tagesarbeit nicht tun. Und wer kann es schon sein, der mit leichtfertigen Verdächtigungen, mit Denunziationen oder gar Verleumdungen gegen uns ankämpft? Verlobt es sich, zu antworten, wenn selbst die elementarste Forderung des Anstandes übersehen wird, ganz zu schweigen von der Verpflichtung zu solchem Anstand, den das Schriftleitergesetz der deutschen Presse auferlegt? Wir kennen unseren Weg und werden ihn weitergehen. Nur sei es uns erlaubt, die Tatsache festzustellen, daß es einem hiesigen Blatt (es scheint sich um das Frankfurter nationalsozialistische Parteiorgan „Frankfurter Volksblatt“ zu handeln, dessen Verlagsdirektor Konrad Goebbels, ein Vetter des Reichspropagandaministers, H. L. Red.) vorbehalten blieb, dem Gipfelpunkt nahezukommen, indem es den Namen unserer Zeitung im Zusammenhang zu nennen beliebt mit der Darstellung angeblich geheimer Beziehungen und gut funktionierender Verbindungen zwischen gewissen deutschen Kreisen und den Emigranten- und Hebläutern des uns feindlichen Auslandes. Es versteht sich bei solcher Gefinnung, daß der Artikelschreiber den krummsten aller Wege wählt, um ja nicht juristisch faßbar zu sein!“

„Tageblatt“ gegen „Vörsenzeitung“

Die gleichgeschalteten Zeitungen haben es schwer, bei ihrem Bettlauf um das Blaue Band der nationalsozialistischen Gleichberechtigung noch eine eigene Meinung, sei sie auch noch so bescheiden, zu halten. Eine besser gleichgeschaltete Zeitung versucht dann, einer weniger dem neuen Stil angepaßten Vorwürfe über ihre Rück- bzw. Selbständigkeit zu machen. So hat sich dieser Tage eine Polemik zwischen der „Berliner Vörsenzeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ abgespielt, die an sich eine harmlose Angelegenheit zum Gegenstand hatte, nämlich eine Nachkritik. Aus der Polemik wollen wir einiges wiedergeben, was immerhin bemerkenswert ist.

Vor einigen Tagen beschäftigte sich das „Tageblatt“ mit der „Berliner Vörsenzeitung“, die in ihren „Kritischen Gängen“ anlässlich der Besprechung eines Romans von Schollis den Wunsch geäußert hatte, daß dem Sprachpflegeramt eine Art Polizeigewalt übertragen werde. Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnete diesen Wunsch als den „Aufbruch nach der literarischen Uberschallkommando“ und „als eine Entgleisung“.

Die „Vörsenzeitung“ erwiderte nun, daß das „B. T.“ Schollis gegen die scharfe Kritik des „Vörsenzeitung“-Korrespondenten in Schutz nehmen wollte, und daß es wohl befürmert um eine Kritik sei, die es unternehme, die Dinge „offen beim rechten Namen zu nennen“. Darauf das „Berliner Tageblatt“: „Es ist etwas anderes, das uns veranlaßt, ein Wort zu der Kritik an Schollis zu sagen, so hieß es in unserer Glosse, mit klaren und deutlichen Worten. Nämlich: der Ruf nach der Polizeigewalt, den der „Vörsenzeitung“-Korrespondent angestimmt hat — darauf kam es uns an, und dagegen haben wir uns gewehrt.“ Antwort der „Vörsenzeitung“ zu diesem Punkt: „Wenn die gesamte deutsche Literaturkritik erst ein sicheres Sprachgefühl hat, dann braucht sich das Sprachpflegeramt nicht mehr zu bemühen. Solange das aber nicht der Fall ist, wäre es schon gut, wenn das Sprachpflegeramt die Macht hätte, solche gefährlich fahrlässige Behandlung der deutschen Sprache zu verhindern.“

Das „Tageblatt“ erwidert: „So bleibt es also ausdrücklich bei dem Ruf nach der Polizei. Was davon zu halten ist, haben wir schon gesagt. Es genügt dann ja der Polizei — und die Kritiker sind überflüssig...“

Die „Vörsenzeitung“ bemängelte darauf am „Tageblatt“: „Wir glauben außerdem, daß das „Berliner Tageblatt“ für das Ansehen der deutschen Literaturkritik durch sichere Urteile noch nicht allzuviel getan hat und daher alle Ursache hätte, zunächst für sichere Urteile zu sorgen, ehe es sich als Kulturramme aufspielt.“ Eine immerhin ganz amüsanle Polemik, wollen wir sagen.

Der Kirchenstreit in Hessen

Der evangelische Landesbischof von Hessen, Dr. Dietrich, ist in einen zweimonatigen Urlaub geschickt worden. Die Politik des Reichskirchenministeriums hat damit einen Mittelweg eingeschlagen, der ihr die Abhebung des hart angefochtenen nationalsozialistischen Kirchenführers erspart, aber der durch den Birwar des letzten Jahres zerrütteten hessischen Landeskirche eine Atempause gewährt. Während der Abwesenheit Dr. Dietrichs besorgt der von Reichsminister Kerrl eingesezte hessische Kirchenauschuß allein die Geschäfte.

Aus dem Dritten Reich

Der Reichs- und preussische Minister des Innern hat die Verbreitung des im Verlag Drecht in Zürich erschienenen Buches „Dichter Hessen“ und der in Luxemburg herausgegebenen Tageszeitung „Luxemburger Wort“ bis auf weiteres verboten.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat der Reichs- und Preussische Minister des Innern den nach der nationalsozialistischen Machtergreifung eingesezten Oberbürgermeister von Erfurt, Dr. Zeißler, der früher Reichsanwalt in Würzburg war, bis auf weiteres zur Laube. Ueber die Gründe werden keine Mitteilungen gemacht.

Wie die „Hessische Landeszeitung“ meldet, wurde in Lampertsheim ein jüdischer Zigarrenfabrikant unter der Beschuldigung verhaftet, im Jahre 1932 an der arischen Hausangehörigen seiner Eltern „in mehreren Fällen einen Notzuchtversuch begangen zu haben“.

Verbot eines antisemitischen Buches in Holland. Ein in Deutschland erschienenen Buch, das den Titel führt „Das Antisemitische Juden-N.C.“, in dem sich unter anderem eine Liste von Muslimen befindet, die für das deutsche Muslimleben als schädlich bezeichnet werden, darunter auch der berühmte holländische Dirigent Willem Mengelberg, weil er ein Freund Guffav Rapiers war, wurde jetzt aus dem holländischen Buchhandel entfernt.

Überfall auf Monte Carlo

ROMAN VON ERNST KLEIN

34. Fortsetzung

„Kameraden, ihr werdet jetzt schon wissen, daß die Engländer hinter uns her sind. Etwas ist schon gegangen. Es hat keinen Zweck, hinterher zu jammern. Was soll nun geschehen? Sollt ihr euch ausliefern und mit gestemtem geblugtem Buckel eure Prügel einstecken, oder wollen wir selber über unser Schicksal entscheiden? Wir sind doch alle Soldaten gewesen.“

„Ist es ganz ausgeschlossen, daß wir doch noch durchkommen?“ fragte irgendeiner.

„So gut wie ja. Sie werden uns Flieger nachgeben, und vor denen können wir uns nicht verstecken. Zudem habe ich nicht soviel Del an Bord. Ich habe zwar an einer Stelle oben in Portugal noch ein Depot, aber an das kann ich nicht mehr heran. Also klipp und klar, Burtschen, sollen wir die weiße Fahne aufziehen oder zum Teufel gehen?“

„Es war etwas hinreißend Verwegenes, wie er da so vor seinen Leuten stand, breitwüchsig, die Hände geballt, mit blühenden Augen in dem fahlen Gesicht.“

„Ein etwas anderer Schluß, als wir uns vorgestellt haben!“ lächelte einer der Männer höhnisch, bitter.

„Das ist nun einmal nicht zu ändern! Ihr dürft euch die Sache nicht zu lange überlegen, denn sonst wird uns die Entscheidung aus der Hand genommen.“

„In diesem Augenblick warnte Alverdale herein, er konnte sich kaum auf den Beinen halten und fiel Simowitsch beinahe in die Arme.“

„Freunde“, sagte er langsam und unter Schmerzen, „ich habe euch geworben, und ich habe euch in diese Situation gebracht. Ich bin für euch verantwortlich.“

„Er wendete sich zu Feldmann. Herr Kommissar, ich mache Ihnen einen Vorschlag. Ich glaube, der Dank von Monte Carlo und ihren Gärten wird es sehr angenehm sein, wenn Sie ihr Hab und Gut wiederbekommen — einen Moment! nicht alles! Für jeden der hier versammelten Männer werden hunderttausend Franken von der Summe abgezogen. Den Rest liefern wir aus. Alle Schmuckstücke. Ich selbst halte mich an Ihrer Verfügung unter der Bedingung, daß Sie mich nach England bringen.“

„Das ist ja Wahnsinn!“ rief Peter. „Wir schmeißen den Kerl über Bord!“

Aber Alverdale hatte richtig mit der Stimmung der Leute gerechnet. Hunderttausend Franken waren besser als nichts. Waren vor allen Dingen mehr als die „Entscheidung“, wie Peter Simowitsch sie vorhielt. Alle stimmten Ja zu, laut lärmend. Die Stunde griff der Diktator an die Kehle. Schloß rührte sich nicht. Der Rand bei dem Freunde.

Feldmann blinnte von einem zum andern. „Ich habe nicht die Autorität, einen solchen Vergleich abzuschließen. Wenn Sie sich mir anvertrauen wollen.“

„Ja, Alverdale schüttelte ungeduldig den Kopf. „Wir denken nicht daran. Ich kann nicht so lange auf den Beinen stehen. Entweder Sie sagen Ja oder Sie sagen Nein. Wir sind ziemlich desperante Leute, Herr Kommissar.“

Der Posten am Periscope telefonierte? „Engländer voll in Sicht!“

„Das nächste, was mir zu hören bekommen, sind ihre Granaten!“ faurrte Peter.

„Aho, Herr Kommissar?“ fragte Alverdale.

Er war jetzt kalt. Niemand sah ihn an, wie es in seinem Innern anfiel. Er hatte nur noch den Wunsch, nach England zu kommen, die Frauen zu besitzen.

„Kann ich Berlin anfragen?“ rief Feldmann.

„Ja, bin Engländer“, erwiderte Alverdale. „Senden Sie mich nach London!“

Das Boot wies auf. Durch die Jalousie hindurch gab Peter Simowitsch den Befehl, die weiße Fahne zu hissen, fuhr aber mit unvermindelter Geschwindigkeit weiter.

Im Funkenraum arbeitete Feldmann feberhaft. Jetzt Minuten später war die Verbindung mit Swilaas' Bord da. Sir Edward Race jagerte nicht mit der Antwort.

„Nehmen Sie an! Schließlich sprengt der Kerl wirklich das Boot in die Luft! Bringen Sie vor allen Dingen Alverdale!“

„Zwischendurch hatte Peter seinen Gelbdruck gestrichelt und jedem der Leute den ihm zukommenden Betrag hingegeben. Den Rest sowie den Schmutz verpackte er in ein Leinwandpaket, das er Feldmann hinwies.“

„Nun schon, daß ihr alle von Bord kommt!“ Er ließ das Boot kippen.

„Und du?“ fragte Alverdale.

Lesen Sie die Volksstimme täglich

Füllen Sie nachstehenden Bestellschein aus

Bestellschein

Unterzeichneter bestellt hiermit die
„Danziger Volksstimme“
 Bezugspreis: 3,00 G monatlich, 1,50 G halbjährlich
 0,75 G wöchentlich

Für den Monat _____
 durch die Post — Telegramm — frei Haus

Name _____

Wohnung _____

Ort und Datum _____

Bestellungen nehmen entgegen die Post, die Trägerinnen und der

Verlag „Danziger Volksstimme“
Danzig, Am Spandauer 6

„Aho? Ich mache keine Kompromisse. Grüß mir Daisy, und wenn du klug bist, gibst du nicht her, was du von früher her hast. Die Moral soll der Teufel holen. Servus!“

„Ja, das drohte, beschwor ihn mit allen Gründen, die er nur anzuführen vermochte. „Denk an Daisy!“

„Eben weil ich an sie denke!“ Ein letzter Händedruck. Vorsichtig wurde Lord Alverdale in das eine Boot gehoben.

Die Engländer waren bis auf vier Seemeilen heran — Die Küste höchstens noch zwei Meilen entfernt.

„Vormwärts! Vormwärts!“ drängte Simowitsch. Die Boote stießen ab, vollgepreßt bis an den Rand. Vorkam auf die beiden Torpedoboote zu. Peter und Sweto holten den weißen Fächer ein und zogen ein Flaggensignal auf. Auf der Brücke der Torpedoboote buchstabierten die englischen Offiziere kopfschüttelnd die ihnen übermittelte Botschaft.

„Was zum Teufel soll das heißen?“ faurrte einer von ihnen. „Söh von Verklungen? Ist das ein Schiffsname oder —?“

Die weiße Flagge war verschwunden. Die Torpedojäger begannen zu schießen. Doch mit seiner „Lebewohl“-Botschaft holz flatternd, begann das U-Boot zu sinken. Arm in Arm standen vor seinem Turm Peter und Sweto. Sie schwenkten die Mützen. Ihre Kameraden in den beiden Booten sprangen auf. Englisch, deutsch, französisch braute dreimaliges „Hurra!“ auf.

Die Torpedoboote gaben Schuß auf Schuß. „Schade um die Kerle!“ sagte der Kommandant. „Sind echte Seelen!“

„So gingen Peter Simowitsch und Sweto Schloß mit ihrem Boot hinunter.“

Alverdale lag auf seiner Bahre und konnte den Blick nicht von der Stelle wenden. Große Kreise zogen sich, dunkelte

Die Glückshagen von Hamburg

Katzenstich auf der „Bremen“

Seelen, die Äpfel, Koffer und Leinwand tragen, in denen sie ihr Hab und Gut verstaubt haben, sind alltägliche Erscheinungen in den Straßen Hamburgs. Aber was wollen nur die dreißigjährigen Männer, die sich, eine Pipe im Mund und die blaue Mütze auf dem Kopfe, in wiewegendem Seemannsanzug durch den Verrengraben schoben? Jeder hat ein kleines Körbchen im Arm — bestimmt eine ungewöhnliche, ja zu „weibliche“ Last für einen alten Seebären. Hinter einer schweren Haustür verschwinden sie alle, kommen dann nach einer Viertelstunde wieder heraus und tragen den Korb jetzt mit einer Behutsamkeit, die recht sonderbar anmutet bei den vierstöckigen Gebäuden.

Sicherlich gibt uns das Schild an dem Haus, das die Korbtäger alle aufsuchen, einen Anhaltspunkt für die Anstiftung des Rätsels! „Ratzenheim des Reichsverbandes für das deutsche Katzenwesen in Hamburg“ steht darauf. Seelen und Katzen — ? Kann es noch nicht länger geworden dadurch und erst nachdem man die Leiterin des Ratzenheims spricht, weiß man Bescheid über die Vorküben, die von kräftigen Kattolkenhänden mit so viel liebender Sorgfalt getragen werden.

„Ja, unsere Katzen wandern in alle Erdteile hinaus“, erzählt die Frau mit jählichem Stolz. „Vor einigen Jahren war es, daß sich ein Kattolke hier bei uns einem jungen Kater holte, um ihn auf seinem Frachtdampfer nach Südamerika mitzunehmen. Als sich das Schiff mitten auf dem Ocean befand, war eines Abends einmal ein furchtliches Krachen aus dem Vorderraum zu hören. Man ging den Schreien nach und sah, daß dichter Qualm aus dem Laken strömte. Die Kater war durch den Brand rechtzeitig errettet worden. Das sprach sich herum, die deutschen Seelen erzahlten es sich in den Schönen Barcelonas oder auf den Ausflugsbooten von Buenos Aires und die Folge war, daß sich nun jedes deutsche Schiff, wenn es in Hamburga vor Anker liegt, eine glückbringende Kater bei uns holt.“

Im Laufe der Zeit ist das Hamburger Ratzenheim auf diese Weise rechtlich zum „Glückshagen“ der deutschen Kattolken geworden. Unzählige Zettel- und Kattolkenhefte, ja sogar große Kattolkenhefte bestimmen in allen Ländern und Freizeitanlagen, und aus ihnen flanken unzählige glückbringende Kater, die den Verrengraben in Hamburg zur Heimat haben. Die kühnsten Entschlossene haben sich da manchmal ergeben. Heute sieht man es dem wohlgenährten Kater, der die Landstraße der „Bremen“ durch seine launigen Sprünge unterhält, nicht mehr an, daß er einst um Winternacht aus dem Laken der Mutter gezogen wurde, in denen er ertränkt werden sollte. Ein liebevoller Herr hatte ihn vor dem Tode errettet und in das Ratzenheim gebracht, von dem aus er dann seine immerhin große Karriere begann. Aber die bildliche Anspielung, die ihnen sein Heimatort auf dem „Gorch Fock“ für das Glück „deutendlich“ zeigt. Auf einer Dachterrasse hat er sich zu dem Vorküben und war die Strohmatte nach heruntergefallen, zu diesem Glück aber jäh vor die Tür des Ratzenheims. Unter dessen sorgsamster Pflege war das gebräutete Vordergebäude bald wieder geblüht und nun springt die Kater beweglich auf dem halben deutschen Segelkattolken umher, dessen Red nicht weniger weiß klist als ihr Fell.

„Wahrscheinlich, es gab unzählige Kattolkenhefte, die sich nun auf den deutschen Schiffen ergaben. Und alle haben ein glückliches Ende, denn die kühnsten Glückshagen sind bei den kleinen Jungen in guter Gut.“

Der geheimnisvolle Reiter

Die Stadt Kopenhagen in Dänemark hat ihre Sensation. Seit einiger Zeit macht ein geheimnisvoller Reiter in der ganzen Umgebung von sich reden. Ausschließlich nachts ist er in diesem Land in jenem Bärenhäuter, ein Unbekannter in den Herden, nicht für das beste Pferd und reitet ohne Sattel die ganze Nacht über die Felder. Gegen Morgen gegen fünf Uhr kommt der Reiter im Stall, in völlig erschöpftem Zustand im Stall. Trotz allem Bemühen ist es bisher nicht gelungen, den seltsamen Reiter zu fassen. Dieser Tage erhielt die Behörde von Kopenhagen einen Brief aus Sigtuna bei Norwegen. „Ich bin bereit“, stand darin, „das Geheimnis dieses zu klären, falls sich die Dänemarksche Regierung nicht als kompetentes Experiment zur Verfügung stellt. Ich verleihe dafür die Erlaubnis meiner Unterthanen für ein entsprechendes Gehalt, wofür ich mich verpflichte, im Laufe von 30 Tagen dem Reiter zu entlocken.“ „Unerschrocken hatte ein Kattolkenhändler, Dannef, einen Reiter in die Kammern zu nehmen und legten ein Gehalt von 200 Kronen aus für den Fall, daß der Wanderhändler dem nachgehenden Reiter, der so viel Unpug ist, erwischt werden sollte.“

Flecke erschienen auf der Oberfläche, breiteten sich aus — Del aus den Tanks. Das war das Letzte, was man von U 12 sah.

Sir Edward Race blickte den vor ihm stehenden Lord Alverdale lange an. Es war kein unfreundlicher Blick. Im Gegenteil.

Feldmann hatte Alverdale seinem Versprechen gemäß auf dem kürzesten Wege nach London gebracht und sofort dem Chef der Kriminalpolizei vorgeführt. Langes Verhör in Gegenwart von Randall und Stimson. Alverdale gab alles zu, redete sich nicht aus. Auf niemanden. Deckte seine Schwärze und nahm die ganze Schuld auf sich.

„Es ist sehr vernünftig von Ihnen, Alverdale“, sprach Sir Edward, „daß Sie Farbe bekennen. Das wird nur zu Ihren Gunsten sprechen so wie verschiedenes andere auch. Das Gericht bleibt Ihnen nicht erpart, aber es werden sich vielleicht Mittel und Wege finden lassen, daß außer Ihrem Namen kein anderer genannt wird. Es ist das nicht ganz meiner Pflicht entsprechend, was ich hier sage, doch ich glaube, der Minister des Innern, dem ich Bericht erstatten werde, dürfte mir zustimmen. Sie haben Lady Rawley und Miß Code vor Ihrer Abreise aus London fortgeschickt?“

Um Alverdales Lippen zuckte es wieder. „In gewissem Sinne ja, Sir Edward. Sie wurden von einem meiner Mitarbeiter in sein Landhaus gebracht. Ich gehe offen, daß ich meine Zustimmung zu dieser Aktion nur ausgenommen gegeben habe, daß ich —“ „Sir Edward“, rief er, als er nicht weiterreden konnte, „wie Sie sehen, bin ich bereit, die Rechnung zu bezahlen. Aber das eine bitte ich Sie, lassen Sie meine Schwester und Miß Code finden. Ich muß —“

Sir Edward unterbrach ihn. „Ich kann Sie beruhigen, Lady Rawley sowie Ihr Neffe und Miß Code sind bereits in Sicherheit. Wir haben sie gefunden.“

Er drückte auf die elektrische Klingel — „Stuarts ungelente Figur schob sich herein. „Sir Edward befehlen?“

„Ich lasse die Damen bitten.“ „In der nächsten Minute standen Daisy und Lucy im Zimmer. Die junge Frau bemühte sich tapfer, ihre Tränen zurückzuhalten. Das Schicksal steckte ihr in der Kehle, und sie zitterte. Doch gerade und aufrecht stand Lucy da. Alverdale senkte den Kopf.

„Ich habe nicht auf euch hören wollen —“ murmelte er leise. (Schluß folgt.)

Das Geheimnis der „Atlantique“

Die Versicherungsgesellschaft muß 170 Millionen Frank zahlen

Zu Anfang des Jahres 1933 wurde die „Atlantique“, einer der größten, modernsten und neuesten Passagierdampfer, im Armeekanal ein Raub der Flammen. Die französische Marine war von einem schweren Unglück getroffen: aus irgendeiner ungeklärten Ursache, die noch heute in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt ist, brach auf dem Dampfer plötzlich Feuer aus. Es verbreitete sich mit unwahrscheinlicher und auffällender Geschwindigkeit, und es wäre aus diesem Unglück ohne Zweifel eine der grauenvollsten Schiffskatastrophen geworden, wenn sich nicht glücklicherweise lediglich die geschulte und seefähige Besatzung auf dem Schiff befunden hätte. Das Schiff befand sich gerade auf der Reise nach den Docks von Le Havre und hatte außer den 260 Mann Besatzung nicht einen einzigen Passagier an Bord.

In wenigen Minuten war das stolze und majestätische Schiff in undurchdringliche Flammen und Rauchwolken eingekühlt. Die Besatzung arbeitete mit verzweifelter Kraft um der furchtbaren Katastrophe Herr zu werden, aber es war zu spät. Mehrere Dampfer, die sich in unmittelbarer Nähe des brennenden Riesen befanden, eilten sofort mit Vollbampf an die Unglücksstätte und übernahmen unter großen Mühen und Strapazen die gesamte Schiffsmannschaft. Einige der vom Feuer Bedrohten mußten fast zwei Stunden im Wasser schwimmen, ehe sie geborgen werden konnten. Der erste Offizier des Schiffes berichtete damals, daß er sich schließlich zusammen mit dem Kapitän, einigen Offizieren und einigen Mann der Besatzung an Bord des Schiffes befanden habe, als kein Rettungsboot mehr vorhanden war. Man habe von den Rettungsschiffen aus die kleine Gruppe durch Zeichen aufgefördert, sich ins Wasser zu werfen. Anfangs hätten die Leute gezögert, und er selbst habe sich, um sie zu ermutigen, als erster in die fluten gestürzt. Das Schwimmen sei jedoch sehr schwer gewesen, weil auf dem Wasser dicke Rauchwolken lagen. Er sei halb erstickt gewesen, als ihn ein Rettungsboot aufgenommen habe.

An der Rettungsaktion beteiligten sich auch mehrere deutsche Schiffe, allen voran der Hapag-Dampfer „Ruh“. Ueber die wahre Ursache der Katastrophe sind die verschiedenen Vermutungen laut geworden. Aus den Aussagen der Matrosen hielt man es für wahrscheinlich, daß ein plötzlicher Kurzschluss den furchtbaren Brand verursachte. Der zweite Kapitän erklärte, das Schiff habe sehr hart geschlingert, und man habe bereits einmal festgestellt, daß bei hartem Schlingern ein elektrischer Draht gerissen sei. Trotzdem konnte die wahre Ursache nicht einwandfrei festgestellt werden.

Die Versicherungsgesellschaften, bei denen die „Atlantique“ in einer Höhe von 170 Millionen Frank versichert war, haben sich seinerzeit weigert, die Versicherungssumme ausbezahlen. Es kam zu einem sensationellen Prozeß, bei dem das Geheimnis der „Atlantique“ eine große Rolle spielte. Nunmehr ist das Urteil endgültig gefällt worden: die 170 Millionen Frank werden in aller nächster Zeit der Schiffahrts-gesellschaft ausgezahlt werden.

Leuchttürme als Sommerbillen

Die Amerikaner haben in letzter Zeit eine merkwürdige Konjunktur erlebt, und zwar in Leuchttürmen, die plötzlich fast gefragt waren. Die ganze Sache aber kam durch die gezielte Propaganda eines Unternehmers aus New Jersey. Der Mann hatte in dem offiziellen Nachrichtenblatt der Regierung gelesen, daß 74 Leuchttürme des amerikanischen Küstendienstes aufgelassen werden sollten. Er setzte sich daraufhin mit der zuständigen Behörde in Verbindung und kaufte den ganzen Posten — Amerikaner sind ja großzügig — zu einem Spottpreis. Angeblich zum Abrufen. Durch eine überaus gezielte Propaganda hat es dann der Geschäftsmann aus New Jersey aber verstanden, eine regelrechte Konjunktur in Leuchttürmen entstehen zu lassen. Von den 74 Leuchttürmen, die überall an der atlantischen Küste Amerikas stehen, wurden bisher allein 25 Türme an amerikanische Millionen verkauft, denen der geachteten Unternehmer aus New Jersey einzurede verstanden hat, daß es keinen gefährlicheren Sommeraufenthalt am Meer gebe, als in einem solchen Leuchtturm. Außerdem könne man dabei in allem überdauern. Kleine Türme, Ortane, Schiffbrüche und Schiffsuntergänge — alles sozusagen aus erster Hand und prima naturrecht. Diese ewig sensationellierenden amerikanischen Millionen sollen dann tatsächlich auch ganz phantastische Preise für die Leuchttürme gezahlt haben.

Sport-Turnen-Spiel

Wo dürfen die Kinder turnen?

Das Vorgehen der Schul-Rektoren — Eingabe des Arbeiter-Turn- u. Sportverbandes an den Senat

Die Leitungen der einzelnen Danziger Schulen haben, wie wir bereits mitteilten, an viele Eltern Schreiben geschickt, in denen ihnen verboten wird, an den vom Arbeiter-Turn- und Sportverband Freie Stadt Danzig veranstalteten Turnstunden teilzunehmen. Der Arbeiter-Turn- und Sportverband hat daraufhin selbstverständlich alle erforderlichen Schritte unternommen, um die Fortführung des Kinderturnens durch seine Vereine für die Zukunft zu gewährleisten.

Die dem Arbeiter-Turn- und Sportverband Freie Stadt Danzig angehörenden Vereine haben seit jeher auch jugendliche Mitglieder gehabt. Sie haben auch stets, wie dem Senat bekannt ist, und was von ihm Jahre hindurch stets begrüßt wurde, das Kinderturnen gepflegt. Auch in der jüngsten Vergangenheit hat daher der Arbeiter-Turn- und Sportverband Turnstunden für Kinder und Jugendliche veranstaltet. An diesen Stunden nahmen nicht nur Kinder teil, die selbst Mitglieder dieser Vereine waren, sondern vornehmlich auch Kinder von erwachsenen Mitgliedern. Diese letztgenannten Gruppen von Kindern, die

auf Grund eines ausdrücklichen Wunsches ihrer Eltern sich dieser Einrichtung bedienen, deren Nutzen diese selbst erfahren haben,

stehen in keinerlei organisatorischen Beziehungen zu diesem Verein. Aber auch soweit die Kinder selbst Mitglieder dieser Vereine waren, hat der Arbeiter-Turn- und Sportverband es schon im Hinblick auf die erwähnte Befürwortung dieser Einrichtung durch die Schulverwaltung nicht für erforderlich gehalten, eine ausdrückliche Genehmigung zu beantragen. Auch die Mitgliedschaft von Kindern in den Vereinen des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes dient ausschließlich der sportlichen Ausbildung und im wesentlichen sogar nur der Teilnahme an diesen Unterrichtsstunden, so daß es sich also eigentlich auch hier weniger um eine eigentliche Mitgliedschaft in einem Verein als um eine Berechtigung zur Teilnahme an Einrichtungen handelt, die sonst nur den Kindern von Mitgliedern zur Verfügung stehen. Die Einholung einer Genehmigung auf Grund der Verordnung des Senats vom 12. März 1934, die jetzt zur Begründung des Einwirkens der Schulleiter angezogen wird, erschien dem Arbeiter-Turn- und Sportverband nicht erforderlich, weil diese Verordnung, soweit sie sich auf Vereine bezieht, die „schulische Zwecke“ verfolgen — hier sind im Text der Verordnung selbst Turnvereine genannt — verfassungsrechtliche Bedenken ausgelöst hätte. Der Senat selbst hat diesen, in der oft genannten Petition der katholischen Pfarrer vom 30. August 1934 vorgetragene Bedenken dadurch Rechnung getragen, daß er durch eine Verordnung vom 11. 5. 35 eine Abänderung vornahm, die zumindest ihrem Wortlaut nach den in dieser Petition erhobenen Beanstandungen Rechnung trug. Aus dieser Überlegung heraus haben die Arbeiterportler auch der am gleichen Tage ergangenen und daher offenbar zur Ausführung dieser Verordnung bestimmten Senatsverordnung, die bestimmte nationalsozialistische Organisationen anerkennt, keine verfassungsrechtliche Gültigkeit beigemessen. Eine Erneuerung dieser Verfügung auf Grund der abgeänderten Verordnung über Schülervereine ist auch nicht erfolgt. Wenn daher in mehreren kürzlich den Eltern der an Unterrichtsstunden des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes beteiligten Kinder ausgegangenen Mitteilungen von Rektoren die Rede davon ist,

daß die Zugehörigkeit der Kinder zum Arbeiter-Turn- und Sportverband durch die Verfügung vom 12. 3. 34 verboten sei,

so kann es sich der Arbeiter-Turn- und Sportverband nicht erklären, daß diese Verfügung als Ausführungsbestimmung zu der abgeänderten Verordnung über Schülervereine aufrechterhalten werden kann. Die Verordnung hat auch kein Verfahren geschaffen, in welchem Vereine ihre Anerkennung vom Senat erbitten können. Die Anerkennung kann, nach Meinung der Arbeiterportler, daher nur durch freiwilligen Akt des Senats erfolgen. Angenommen der Senat würde diese Verleihung nur Vereinen zuteil werden lassen, die einer bestimmten politischen Partei nahesteht, so würde das eine Verfassungsverletzung bedeuten. Ein solches Verfahren kann daher nicht angenommen werden. Das Gutachten des Rat des Völkerbundes eingeleiteten Juristen-ausschusses, das der Rat in seiner Septembertagung angenommen hat, stellt zwar fest, daß nach ihrer Abänderung die Verordnung in ihrem Wortlaut in Übereinstimmung mit der Verfassung gebracht worden ist, es fährt aber fort:

„Wenn jedoch die Verordnung, obwohl sie selbst keine Angriffsfläche unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten gibt, in einer mit der Verfassung nicht übereinstimmenden Weise angewendet werden sollte, dann würde diese Anwendung ein verfassungswidriger Verwaltungsakt sein.“

Der Arbeiter-Turn- und Sportverband hat daher den Senat ersucht, Gelegenheit zu nehmen, die Schulbehörden anzuweisen,

jede Benachteiligung von Kindern, die an den Turnstunden der Vereine des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes als Mitglieder oder als Turnschüler teilnehmen, zu unterlassen.

Der Verband geht dabei von der Überzeugung aus, daß, solange es kein Verfahren gibt, in welchem eine Organisation ihre Anerkennung durch den Senat erreichen kann, es unbedenklich sei, daß gewisse Vereine durch amtliche Verfügung von vornherein genehmigt, andere dagegen von vornherein ohne die Möglichkeit einer Abhilfe nicht genehmigt werden.

Allerdings scheint die Gleichzeitigkeit der erwähnten Schreiben der Rektoren an die Eltern der betroffenen Kinder darauf hinzuweisen, daß diese Schreiben auf eine zentrale Anweisung zurückzuführen sind. Sollte dies der Fall sein, so würde der Schluß unmittelbar sein, daß die Schulverwaltung die Teilnehmer an diesen Unterrichtsstunden deshalb beanstandet, weil der Arbeiter-Turn- und Sportverband einen Antrag auf Anerkennung nicht gestellt hat. Mit Rücksicht darauf, daß die Schulverwaltung also anscheinend auf dem Standpunkt steht, daß ein solcher Antrag möglich ist, hat sich der Arbeiter-Turn- und Sportverband genötigt gesehen, beim Senat den förmlichen Antrag auf Anerkennung zu stellen.

In der Begründung dieses Antrages hat der Verband darauf hingewiesen, daß im Verlauf der mehr als sechzehn Jahre, in welchen die Vereine des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes Turnstunden für Kinder abgehalten haben, diese Tätigkeit von der Schulverwaltung und den Leitern der einzelnen Schulen stets als erziehungsfördernd anerkannt worden ist, daß die Teilnehmer an diesen Kursen bei den Reichsjugendwettkämpfen zum erheblichen Teil Preise davongetragen haben, und daß schließlich die Leistungen dieser Kinder in der Schule so wenig von dieser Tätigkeit beeinträchtigt worden sind, daß in zahlreichen Fällen die Schulleiter anerkannt haben, daß die Mitglieder der Kindergruppe des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes zu den besten Schülern gehören.

Es ist zu hoffen, daß die Angelegenheit schnell geklärt wird, damit die Kinder wieder voll und ganz in den Genuss der Turnstunden gelangen können.

Zeitbilder

Alle hinter einer Fahne

Die Aktion der Schulbehörde gegen das Turnen der Kinder in den Arbeiterportvereinen hat nicht nur in den beteiligten Kreisen Aufmerksamkeit erregt, sondern auch weit darüber hinaus, denn mit der Frage, ob das Kinderturnen in den Arbeiterportvereinen erlaubt ist oder nicht, ist das ganze große Problem der Kindererziehung in Danzig aufgerollt worden. Man ist inzwischen in Danzig hellhörig geworden. Was heute den Arbeiterportlern passiert ist, kann morgen anderen Jugendgruppen angetan werden. Wer den Totalitätsanspruch der Nationalsozialisten kennt, weiß, daß sie beim Gelingen ihrer jetzigen Aktion auch vor den gleichgeschalteten, aber nicht voll nationalsozialistischen Vereinen und Verbänden nicht halt machen werden, so daß diese Welle auch die bürgerlichen Sportvereine treffen kann, ja vielleicht schon viel härter betroffen hat, denn mit dem 10. Januar sind in Deutschland alle Jugendverbände, Bünde und Vereine in die Hitlerjugend überführt. Wird man in Danzig diesem Vorbilde folgen?

Wenn man nun diese beiden Aktionen, Verbot des Kinderturnens in den Arbeiterportvereinen und Überführung der gleichgeschalteten Jugendgruppen in die HJ, gegenüberstellt, so wird man nachdenklich. Beide Maßnahmen liegen auf einer Linie, können auf einen Nenner gebracht werden, nämlich auf den, der von den Nationalsozialisten von Beginn an gefordert wird: „Alles hinter einer Fahne“ war und ist ihre Parole. Diese Festlegung der nationalsozialistischen Ziele sagt klar und deutlich, was hinter der gegenwärtig laufenden Aktion steckt. Diese unsere Feststellung wird auch noch bestätigt durch die Neuherung, die der Rektor der Langfuhrer Bezirksnabenschule Bahnhofsstraße zu einer Mutter machte, deren Kinder ebenfalls in den Arbeiterportvereinen schon seit Jahren turnen und die bei dem Rektor nähere Erfindungen über die Maßnahmen der Schulbehörde einholen wollte. Rektor und Mutter hatten wegen der Neuherung, daß alle Kinder hinter einer Fahne zu marschieren haben, eine erregte Auseinandersetzung. Die Mutter war der Meinung, daß diese Forderung für Danzig noch lange nicht zutrifft und schon gar nicht, wenn mit dieser einen Fahne die Hakenkreuzfahne gemeint ist. Es wurde dem Rektor gesagt, daß in Danzig die Eltern auch noch etwas über ihre Kinder zu bestimmen haben. Es wurde weiter gesagt, warum man anderen Turnvereinen, wie der bürgerlichen Turngemeinde und den politischen Jugendorganisationen das Kinderturnen gestatte, nichts würde den Kindern passieren, wenn sie die politischen Schulen besuchen würden.

So sprach die Mutter, die sich das Recht der Erziehung ihrer Kinder nicht nehmen lassen wollte. Ähnliche Diskussionen wurden zwischen Rektoren und Eltern noch viele gepflegt. Insbesondere gab es Auseinandersetzungen, weil einige Rektoren behaupteten, der Arbeiterportverband gehört der Sozialdemokratischen Partei an, er treibe Politik, sei nicht für Deutschland, sondern für Rußland. Wenn die geistigen Väter dieser Aktion gegen das Kinderturnen in den Arbeiterportvereinen kein anderes Argument haben als dieses, dann dürfte der Abwehrkampf der Arbeiterportler nicht besonders schwer sein. Der Arbeiter-Turn- und Sportverband Danzig ist ein eingetragener Verein. Die Statuten liegen auf dem Tisch. Aus ihnen ist zu ersehen, daß der Arbeiter-Turn- und Sportverband Danzig weder der Sozialdemokratischen Partei angehört, noch andere als weltliche Ziele hat. Ueber die Frage, ob für Deutschland oder für Rußland, braucht kaum diskutiert zu werden, weil diese Redensart unter die fälschlich bekannte Agitationsphrase „Vandensverrat“ fällt. Ganz sicher sind die Arbeiterportler aber nicht für den Nationalsozialismus. Und da stehen sie in der festen Volksgemeinschaft des jetzt schon überwiegenden Teiles der Danziger Bevölkerung.

Das sagte auch eine andere Mutter, die mit einer Turnerin den Schulrat kassiert im Senatgebäude aufgesucht hatte. Zu dieser diskutierenden Gruppe gesellte sich der Kultusenator Boed. Der Senator erklärte, nachdem Schulrat Kasten die sehr umstrittene Ansicht vertreten hatte, daß der Arbeiter-Turn- und Sportbund unter die politischen Vereinigungen falle und die Kinder in der Deutschen Turnerschaft Mitglied sein können ohne die Genehmigung der Schulverwaltung einzuholen, daß verboten sei, daß Schulkinder die Turnstunden der Arbeiterportler besuchen, da dieser der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen sei. Auf einen Einwand der Frau erklärte Senator Boed, daß er kein Interesse daran habe, den Vereinen die Unterhaltung von Kinderabteilungen zu verbieten. Die Frauen erwiderten, daß der Arbeiter-Turn- und Sportverband auf turnerischer Grundlage aufgebaut sei. Als Beweis für die politische Betätigung des Bundes führte Senator Boed an, daß das Benehmen der Arbeiterportler gegenüber der marschierenden SA. empörend sei. Darauf erwiderte eine der Frauen, daß man sich über das Benehmen der Gruppen nicht zu freieren brauche. Senator Boed erklärte dann, daß „wir in einem deutschen Staat leben und die Opposition gar keine Daseinsberechtigung habe“. Die Antwort lautete: „Da berufen wir uns auf die Danziger Verfassung. Es dürfte dem Herrn Senator übrigens nicht unbekannt sein, daß die Oppositionsparteien stärker sind als die Regierungspartei.“ Senator Boed war auf eine solche Antwort nicht gefaßt. Er sagte darauf: „Wir haben ein Interesse daran, unsere Kinder zu Deutschen zu erziehen.“ Ihm wurde geantwortet, daß dieses auch bei den Arbeiterportlern geschieht, worauf Senator Boed den Frauen vorwarf, daß die Arbeiterportler auf internationaler Basis stehen, was schon die Späßen von den Dählern pfliffen. Er verbot den Frauen dann nochmals, ihre Kinder zur Turnstunde zu schicken, da sie sonst die härtesten Strafen zu erwarten hätten. Die Frauen fragten, in welcher Form diese Strafen ausfallen werden. Senator Boed antwortete, daß er das noch nicht wisse und es sich erst überlegen müsse; und jetzt könnten die Frauen gleich zur „Vollstreckung“ gehen und einen Bericht geben. Darauf erklärten die Frauen dem Senator Boed nochmals, daß sie selbst über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen hätten.

Diese beiden Unterredungen, beim Rektor in Langfuhrer und mit Senator Boed sind die charakteristischsten Aufzeichnungen, die uns in dieser Angelegenheit vorliegen. Klarer können von keiner nationalsozialistischen Organisation die Motive aufgeschiedet werden. Die Anläß zu dem Verbot des Kinderturnens gegeben haben. „Alles hinter einer Fahne“ und die „Opposition habe keine Daseinsberechtigung“. Jetzt weiß man wenigstens, woran man ist. Eines haben die

Starker Spielausfall bei den Rundenspielen

Hohe Niederlage des Verbandsmeisters F. T. Schildig

Die für gestern im Lager der Arbeiterportler angelegten Rundenspiele der Fußballer konnten nicht alle durchgeführt werden. War es am frühen Morgen das starke Schneetreiben, das die Austragung des Spieles Freiheit I gegen Bürgerweihen II unmöglich machte, so konnte das später angelegte Spiel F. T. Danzig I gegen Fichte II nicht durchgeführt werden, weil die F. T. Danzig nicht vollständig zur Stelle war. Danzig verlor dadurch die Punkte. Rehnlich war es bei dem Spiel des vorjährigen Verbandsmeisters F. T. Schildig I gegen Stern I. Auch Schildig war nicht vollständig. Nur der Umstand, daß zwei Ersatzspieler zur Stelle waren, ermöglichte eine Durchführung des Spieles. Die in voller Aufstellung antretende Stern-Mannschaft hatte hierdurch nicht allzu große Mühe, den Meister hoch zu schlagen und ihm zwei wertvolle Punkte abzunehmen, die bei der Schlussabrechnung der F. T. Schildig fehlen und die Ausschichten auf den neu zu vergebenden Meistertitel verschlechtern.

Stern I gegen F. T. Schildig I 7:1 (2:1)

Reichlich hoch mußte die F. T. Schildig das unvollständige Antreten bezahlen. Die aufstrebende Stern-Elf nahm natürlich diese Gelegenheit wahr, um hier einmal mehr zu beweisen, daß nicht die Schönwetterspieler für den Bestand einer Mannschaft ausschlaggebend sind, sondern daß eine Gemeinschaft nur Erfolge erringen kann, wenn tatsächlich alles immer mitmacht. Der Trostplatz war, wenn nicht gerade in tollerbarer Verfassung, so doch spielfähig.

Schildig, mit dem starken Rückenwind als Bundesgenossen, kann das Spiel bis zur Pause noch einigermaßen offen gestalten. Doch lautet das Resultat bei Halbzeit bereits 2:1 für Stern. Dann aber lebte der Torjäger ein. Stern spielt recht gut zusammen und verlegt das Spiel ausschließlich in des Gegners Hälfte. Die gelegentlichen Vorstöße von Schildig werden meist schon von des Gegners Verteidigung abgefangen. Die starke Übermacht von Stern führt in der zweiten Halbzeit zu fünf weiteren Erfolgen, von denen zwei nicht ohne Mithilfe der Hintermannschaft von Schildig erlitten kamen.

Gute Entwicklung der Fußballbewegung

Die Fußballspieler im Arbeiter-Turn- und Sportverband hielten am letzten Sonnabend ihre Jahrestagung ab, die von allen Vereinen besucht war. Die Entwicklung des Fußballs-

portes leidet daran, daß den Arbeiterportlern kein städtischer Sportplatz zur Verfügung steht. Es konnte aber doch berichtet werden, daß die aktive Spielbewegung sich auch im letzten Jahre in ständigem Fortschritt befindet. Hier von profitieren zu einem kleinen Teil die Altersmannschaften, von denen im letzten Vierteljahr 10 Mannschaften neu gemeldet werden konnten. Die Kassenerhältnisse sind ebenfalls gut. Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Verbandsleitung.

Deutsche Amateurboxer in Posen geschlagen

Bei einem am Sonntagabend in Posen ausgetragenen Amateurboxkampf siegte eine polnische Bezirksauswahl, in der so gute Leute wie Kajnar, Sipinski und Pilat standen, über die deutschen Boxer im Gesamtresultat mit 9:7 Punkten. Das Deutsche Nachrichtenbüro bezeichnet diesen Sieg als recht schwach, da Bruß im Fliegen- und Koffus im Schwergewicht durch das polnische Punktgericht um das verdiente Unentschieden gebracht wurden.

Hollands Elf ein gefährlicher Gegner

Fußball-Länderspiel Frankreich—Holland 1:6

Zum sechsten Male standen sich am Sonntag im Pariser Prinzenpark-Stadion die Fußball-Ländermannschaften von Frankreich und Holland gegenüber. 35 000 Zuschauer, unter ihnen über 5000 Holländer, erlebten eine katastrophale Niederlage der französischen Elf, die mit 6:1 (2:0) Toren überraschend hoch geschlagen wurde. Die wievielmaligen Holländer drängten die Franzosen zwei Drittel des Kampfes in ihre Spelthälfte. Die französische Abwehr wurde schließlich so überlastet, daß sie gegen den glänzenden aufgelegten Nachhubs, der allein fünf Tore schoß, nichts ausrichten konnte. Die Holländer zeigten während des ganzen Kampfes eine Ballbeherrschung und Verfassung, die erstaunlich war und die letzten großen Erfolge der Ländermannschaft verzeichnen läßt.

Nach dem Abschluß der Olympiaprüfungen der schweizerischen Eishockeyspieler hatte das Auswahlkomitee eine schwere Aufgabe, denn die Olympiamannschaft erlitt zwei klare Niederlagen. Sie verlor am Sonnabend gegen Zürich 2:6 (2:3, 0:2, 0:1) und am Sonntag gegen die Schweizer Kanadier 2:5 (0:2, 2:0, 0:3).

Nationalsozialisten aber wieder nicht bedacht, nämlich, daß wir in Danzig und nicht in Deutschland sind und daß wir hier noch eine Verfassung haben.

Gedanken über ein Sportbild

Vor uns liegt ein Zeitungsblatt: „Leibesübungen und Sport“. Aus dem „Vorposten“. Warum es vor uns liegt will man wissen, wo doch selbst das Häuflein interessierter Zeiger vergebens etwas Lesenswertes zu erspähen sich bemüht? Darum liegt es vor uns: Wir betrachten ein Bild mit Unterschrift: „Der Nachwuchs an die Front, das ist die Parole für 1936“. Auf dem Bilde sieht man eine fröhliche Kinderchar, Schneeschuhe an den Füßen, Stindefe in den Händen und Startnummern auf Rücken und Brust. So erwarteten sie fröhlich, an- und aufgeregter diskutierend, den Ablauf. Die Bahn ist frei, Eltern und Schulkameraden haben sich versammelt, um dem Ereignis beizuwohnen; gleich wird es losgehen. Nein, es ist keine polizeiliche Autorität zu sehen, der Ordnungsdienst nicht — bei Sportlern eine seitlicher anerkannter Selbstverständlichkeit — gewiß selbst versehen. Und wenn Jugend sich zusammenfindet, um Körper und Geist zu hähnen, wer würde sich dann nicht erlauben, wer dabei nicht mithelfen wollen? Es ist ja der Nachwuchs, und er gehört dem ganzen Volke, der Gemeinschaft. Also Glückauf zur Fahrt ins neue Jahr!

Darum wir denn darüber schreiben; Sie meinen, der „Vorposten“ wird doch keinen Bildbericht über ein Kinderportfest der Arbeiterportvereine bringen? Wir meinen nicht nur das, sondern noch mehr; er würde wahrscheinlich — nach dem Rezept — den Arbeiterportlern recht viel Ungeheuer zu bereiten versuchen. Aber so ein netter Zufall! Das gleiche Bild finden wir in einer ausländischen Sportzeitung wieder; mit folgender Beschriftung: „In Bergen werden erwartungsvolle Elternkämpfe für Kinder statt — Auf der Photographie eine Gruppe von Teilnehmern vor dem Start.“ — Also sehen Sie, deshalb liegt die Beilage „Leibesübungen und Sport“ aus dem „Vorposten“ vor uns; schmunzelnd betrachten wir das Bild. Die Stadt Bergen liegt nämlich in Norwegen, ja, ganz richtig, in dem sozialistisch regierten Norwegen; und die dortige Arbeiterregierung läßt den Sportorganisationen unterirdischlos jede Unterstützung zukommen. Turnhallen, Sportplätze gehören der Allgemeinheit und werden nach diesen Gesichtspunkten benützt. Polizei beim Kinderturnen, Briefe der Schulleiter sind dort unbekannte Begriffe. Glückliches Norwegen! Ist es nicht reizvoll, daß ausgerechnet der „Vorposten“ sich eines Kinderportfestes aus Norwegen bedienen muß, aus dem Lande wo „Marxisten“ regieren, Marxisten, die er bei uns mit den schwächlichsten Ausdrücken belegt? Gewiß, dem „Vorposten“ war es nur darum zu tun, den Eindruck zu erwecken als handele es sich um „einen Nachwuchs“. Wir jedoch, die wir mit den nordischen Völkern harte weltanschauliche Berührungspunkte gemeinsam haben, wir betrachten das Bild mit anderen Gedanken. Zunächst: der Nachwuchs an die Front, das ist die Parole für 1936; unter Nachwuchs, der gemeinsam mit den älteren Generationen kämpft, für Recht und Freiheit, für den Sozialismus!

Die einbringliche Tombola

Die Zoppoter Sportvereine — in ihr haben sich bekanntlich der Zoppoter Sportverein und der Zoppoter Sportklub zusammengelassen und gleichgeschaltet — feierte am Sonntag ihren 8. Gründungstag, obwohl doch erst wenige Jahre seit diesem Jubiläum vergangen sind. Im roten Kirchenaal fand dieses Jubiläum festlich unter der Devise „Das gibt's nur einmal“. Sicherlich gibt's einen 8. jährigen Geburtstag nach einem Verstreichen von einigen Jahren nur einmal, aber das interessiert nun nicht weiter. Erwähnenswert ist vielmehr, daß dieser Verein auf seiner Veranstaltung — und das gibt's wirklich auch nur einmal — eine richtige Tombola auf dem Programm hatte. Wie so eine Tombola gemacht wird, das weiß man ja; neben vielen Sitzungen werden dann einige Zugsnummern gekauft, die den Ertrag der Tombola vorwärts zu bringen helfen. Das ist bei dieser Tombola gerade besonders wichtig, denn die Veranstaltung war zugunsten des Winterhilfswerkes angefaßt worden.

Unseres Wissens sind auch in Zoppot während der Dauer des Winterhilfswerkes alle anderen Sammlungen von Schenkenden, ferner Tombolen und dergleichen ohne Rücksicht auf Religion, Organisation, Partei, Konfession, Nationalität und Rasse“ verboten. Erst neulich hat der „Freie Volkssport Zoppot“ die Mitteilung erhalten, daß er sich bei etwaiger (gar nicht beachtlicher!) Veranstaltung einer Tombola strafbar mache.

Wenn eine Tombola gemacht wird, weiß ja wohl jeder, sie reizt mit zum Besuch an und trägt zur Unterhaltung bei. So kam die Zoppoter Sportvereine, die ausdrücklich eine zugängliche Nummer nicht entbehren wollten, auf den ebenen Gedanken, eine prächtige Tombola zu veranstalten zugunsten des Winterhilfswerkes. Ein prächtiger Ausweg, um die Genehmigung zu beschaffen, zu einer soviel gewissermaßen materiell einbringlich, das heißt man sich je nach Umstände; das Gewinnverhältnis hat einen Reiz und das Winterhilfswerk den Hebel — wenn einer da ist!

Was man nicht alles für die Wohltätigkeit tut!

Handballspiel auf dem Sportplatz

Trotz des in den letzten Tagen niederschmetternden Regens konnten die auf dem Sportplatz angesetzten Handballspiele am Sonntag durchgeführt werden. Der stark anstossende Wind blies den Platz einigermaßen trocken. Trotzdem war es keine rechte Freude, sich mit den nachteiligen überhandnehmenden Wippen abzugeben. Das einzige Ereignis auf diesem Platz war die „Freie“ -Tombola und die Danziger Zusammenkunft. „Freie“ auf Ertrag eines kappen Sie.

Freie Tombola gegen F. I. Danzig 2:1 (0:1)

Beide Mannschaften hatten in ihren Reihen Entbehrer, so daß man die Mannschaften als „Lombardier“ ausprechen kann. Entbehrer sind aber, daß die Mannschaften vollständig antraten.

Die F. I. Danzig wußte den Wind im Rücken. Trotzdem ist „Freie“ auf „Freie“ auf dem Platz und macht mit mehreren Angriffen auf „Freie“ freudig findet sich auch die Sturmreihe der F. I. Danzig. Doch auch ihre Angriffe bringen, obwohl sie zum Ziele nicht führen, nichts ein. So wird das Spiel, das eigentlich das einzige der F. I. Danzig bleiben sollte, von dem Mittelstürmer erzielt. Nach der Pause geht es so recht der Unmöglichkeit der Danziger Sturm. Die „Freie“ auf dem Danziger Vor immer wieder nach Angriffe gemacht, ist die Sturmreihe überfordert. Die Halbkreiser, denen die Unmöglichkeit gewonnen, können sie nicht. So werden die einzigen Angriffe erfolglos bleiben. „Freie“ auf „Freie“ kommt zu zwei Erfolgen. Damit ist ein den Spielern, entgegen der Erwartung hergekehrt.

Georg Matuschek hat sich mit dem besten Spiel im Sommer (Norwegen) auf, wo er im 100-Meter-Rennen hinter Matuschek und Göttsch auf dem dritten Platz mit 2:25 einen ersten Platz erringen konnte.

Jahresversammlung der F. I. Danzig

In der großen Reihe der Jahrehauptversammlungen der Arbeiterportvereine, die immer im Januar fällig sind, führte auch die Freie Turnerschaft Danzig ihre Generalversammlung durch. Für die F. I. Danzig hatte die diesjährige Generalversammlung eine besondere Bedeutung, weil der Funktionärsvorstand neu gewählt werden mußte. In der F. I. Danzig, dem ältesten und größten Arbeiterportverein Danzigs, wird nämlich alle zwei Jahre gewählt. Der Besuch war dann auch mit fast 200 Mitgliedern ein sehr guter.

Die beiden Jahre, über die von den Funktionären berichtet wurde, waren Kampfsjahre, die aber von der F. I. Danzig glänzend überstanden sind. Der Zuwachs an Mitgliedern ist so stark, daß die F. I. Danzig heute für 1000 Mitglieder ist als vor dem „Umbruch“. Mit über 350 Mitgliedern gehört sie zu den Großvereinen überhaupt. In der F. I. Danzig herrscht, wie man aus allen Berichten entnehmen konnte, ein eigener fortschrittlicher Geist, der zunächst und immer als erstes das sozialistische Sportideal anerkennt und dann erst die rein sportliche Leistung. Und hier gilt wieder die Gesamtleistung als ehrenwert. Darum hat die F. I. Danzig auch ihre besten sportlichen Erfolge auf dem Gebiete der Gesamtleistung erzielt, obwohl auch in den Höchstleistungsklassen des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes Sportler und Sportlerinnen der F. I. Danzig enthalten sind. Unbestritten ist die F. I. Danzig auf dem Gebiete der Gesamtleistung und dies nicht nur in Danzig, sondern weit darüber hinaus, wie die vorjährige Gesamtleistung nach Warschau klar erkennen ließ. Gute Erfolge sind auch auf dem Gebiete der Leichtathletik zu verzeichnen, während Hand- und Fußballspieler nicht gerade vom Glück begünstigt waren. Doch wird das in der F. I. Danzig nicht besonders tragisch genommen. Viel wichtiger ist den Mitgliedern, daß sie bei den Auswärtigen gerade in der jetzigen Kampfszeit ihre geschlossenen Reihen stellen können. Gutes ist auch über die Entwicklung der Jugendabteilung zu berichten. Überhaupt macht sich ein harter Zugang der Jugend zur F. I. Danzig bemerkbar, einmal, weil sie ihren Idealen am nächsten kommt und weil sie in der F. I. Danzig die Möglichkeit vorfindet, alle Sportarten gründlich zu erlernen und zu betreiben.

Die Jahresversammlung verlief außerordentlich harmonisch. Wahlen ergaben in fast allen Positionen eine Wiederwahl der bisherigen Funktionäre.

Es wurden in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender: Hermann Thomat; 2. Vorsitzender: Günther Splitt; 1. Kassierer: Alfred Jölkow; technischer Leiter: Erich Jugoewski; Schriftführer: Heinz Sarecki. Die Kassenverhältnisse des Vereins sind gesund.

Hindenburg-Allenstein führt

Die Fußballkämpfe im Baltischen

Die Kunde der Gaumeisterwähler brachte dieses Mal die ersten und zweiten Fußballvertreter der einzelnen Bezirke des Baltischen zusammen. Nord-Preußenburg schlug u. d. Goltz 3:1. In Königsberg besiegte Frunsa-Samland über den Altmeister W. D. Hindenburg-Allenstein kam über Rajovia-Pud zu einem 4:0-Sieg. Nur in Danzig reichte es nicht zu entscheidenden Siegen des einen oder anderen, unentschieden endete der Kampf 2:2.

Es führt mit 4:0 Punkten, also mit einem Punkt vor Königsberg, Hindenburg-Allenstein.

Freie gegen Preußen 2:2 (1:0)

Auf der Kampfbahn Niederradt hatte es bald eine Entscheidung für den Bezirksmeister Preußen gegeben. Der Gegner, Freie, reichte nicht zur Behr und hätte leicht beide Punkte auf sein Konto bringen können, wenn Preußen nicht in den letzten sieben Minuten zu zwei Toren gekommen wäre.

Das Spiel fand bei Sonneneinstrahlung und böigem Wind statt. Preußen wählte die bessere Seite, spielt mit Wind im Rücken und wird dadurch leicht überlegen. Das muß aber die größte Überlegenheit, wenn der Sturm nicht zu schiefen verläuft. Freie, letzte gut Abwehrarbeit und es blieb auch nach Teil dem eigenen Sturm zu unterliegen. Die Angriffe der Gäste waren weit geschlossener und dadurch natürlich auch gefährlicher. Bei einem Angriff kommt der Ball zum Freistößen, dessen kurzer Fuß zum Mittelstürmer, der, ohne sich viel zu bemühen, einsteckt. 1:0 für Freie. Preußen spielt weiterhin im Sturm gerieten, dafür aber etwas härter.

Nach dem Wiederanstoß hat Freie, die bessere Seite, Preußen spielt jedoch jetzt mit mehr Energie und hält dadurch auch gegen Wind das Spiel offen. Ein guter Anstoß aus der Rechten; der Ballspieler ist jedoch das zweite Tor bringen. Der Ball kommt nach heran und wieder in der Mittelstürmer zur Stelle. 2:0 für Freie. Die Geister der Freiestenbänger werden immer länger. Freie beherrscht das Spiel. Dann kommen die letzten sieben Minuten. Der Freiestenbänger hat sich nicht mehr mit der Niederlage abgefunden, da nicht der linke Verteidiger vor, laut des Feder dem Freiestenbänger auf dem Fuß, die berechnete Flanke wird vom Halbkreiser eingeschossen. 2:1. Erst jetzt kommt Preußen in die Sturmreihe der Freien und zwei Minuten später, also 4 Minuten vor Schluß stellt der Halbkreis den Ausgleich her.

Das Unentschieden ist auch dem Spielverlauf nach das richtige Resultat. Die kommenden Dritten sind aber Königsberg bzw. Allenstein, die jetzt einen und zwei Punkte im Vorteil sind.

Entscheidungsspiel fanden sich auf dem Erziehungssportplatz der Halbkreiser und Göttsch gegenüber. Nach verteiltem Spiel trennte man sich unentschieden 2:2.

Hallenportlet in der Meißelsche

In Danzig hat am Sonntag der gleichgeschaltete Sport in der Meißelsche ein Hallensportlet zur Durchführung gebracht. Sehr schön war in keiner Hinsicht zur Olympiafeier der Danziger Sportler Paul Söhle, Königsberg.

Der Hallensportlet fand auf dem Sportplatz der Danziger Sportler statt. Der 100-Meter-Lauf gewann Söhle (Göttsch), dem Sprungwettkampft Söhle (Freie). Die Scherenschnitt zeigte heftig, wenn sie wurde auch vom Sprecher als Stiefel bezeichnet, es soll aber jetzt „gehoben“ werden. Der Scherenschnitt zeigte Leistungen mit Flucht und leichten Stiefel, die Danziger-Sportler über den hohen Lauf. Dann kam der Lauf des Meißelsche, „Schöne Anstöße“. Ein Durchlauf mit jedem Schritt in einer Anstöße vor das Mikroskop, und Söhle wie das ist national, was sozial, was Volksgemeinschaft, oder war es früher besser war, wurden gefeiert und auch ganz großen Teil vom Jüngsten selbst benannt.

Der Scherenschnitt ging es dann wieder zur Scherenschnitt, so weiter haben: Söhle, Söhle (Freie). Für das Söhle hat mit einem Stiefel der Söhle, Söhle auf dem Platz. Er selbst zeigte dann mit Söhle einen Scherenschnitt über 3 Stunden. Die Scherenschnitt zeigte das Zusammenfallen eines Söhle, oder war es früher besser war, wurden gefeiert und auch ganz großen Teil vom Jüngsten selbst benannt.

Aus dem Osten

Betrügereien mit Reichszuschüssen

Die Große Strafkammer beim Landgericht Tilsit verurteilte am 13. September v. J. den Angeklagten Richard Raack wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Betruges zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus; der Angeklagte Julius Hagen erhielt wegen der gleichen Straftat zusätzlich einer früher gegen ihn verhängten Strafe zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus.

Raack hatte im Jahre 1932 an seinen Grundstücken Instandsetzungsarbeiten vornehmen lassen; auf Betreiben des Angeklagten Hagen, der diese Arbeiten zum größten Teil ausführte, legte er dem Bauamt überhöhte Rechnung vor und erzielte auf diese Weise ungerechtfertigte Reichszuschüsse. Das Landgericht hatte einen besonders schweren Fall des Betruges angenommen, da durch die Nachschüsse der Angeklagten das Wohl des Volkes geschädigt worden sei.

Gegen das Urteil hatten beide Angeklagte Revision beim Reichsgericht eingeleitet. Der 6. Strafsenat des Reichsgerichts hat die Revision des Angeklagten Raack mit einer geringfügigen, für die Strafhöhe belanglosen Abänderung des Urteils als unbegründet verworfen. Hinsichtlich des Angeklagten Hagen bestanden Bedenken wegen der zuzurechnenden Verurteilung. Das Strafkammerurteil war hier nicht frei von Rechtsirrtum, und der Senat mußte, nachdem auch bei diesem Angeklagten die Urteilsformel geändert worden war, das Urteil im Strafspruch aufheben und die Angeklagten in diesem Umfang zur Bildung einer neuen Strafe zurückverweisen.

30000 Lohr vergessen

Die Stadtparlatte in Stargard hat nach der Einführung des Lohr die Vorkriegsrechnungen mit 12 v. H. aufgewertet, ohne daß sich die Sparer darum bemüht haben. Während ungefähr 100000 Lohr der umgerechneten Einlagen abgehoben worden sind, verbleiben in der Stadtparlatte immer noch gegen 30000 Lohr auf annähernd 1000 Konten, deren Besitzer wahrscheinlich gar nicht mehr damit rechnen, jemals etwas wieder zu bekommen. Die Stadtparlatte fordert daher all diese Besitzer von Sparbüchern auf, ihre inzwischen durch Zinsen beträchtlich angewachsenen Guthaben abzurufen.

Es ist nichts mit dem Breitlingsfischen

Die Breitlingsfänge sind in diesem Jahre bisher sehr schlecht ausgefallen. Zwar ist neulich ein größerer Frischzug gelungen, doch ist das leider ein Einzelfall geblieben. Steingener Frischer aus dem Freistaat haben sogar bei den Fängen schwere Verluste gehabt. Zwanzig ausgefallene Netze sind verhängen. Es ist nicht zu sagen, ob sie etwa von einem großen Kutler abgerissen oder von der Strömung fortgetragen worden sind.

Schmetterlinge im Januar

In den Wäldern der Halbinsel Hela waren infolge der milden Witterung wieder Schmetterlinge aufgetaucht. Bei Jastarna haben sich ein paar sehr schöne Schmetterlingsarten eingefangen lassen. Auch in Neustadt wurde ein Schmetterling gefangen. In einigen Gärten des Seebereiches schlagen bereits Flieher und Süßholzwespen.

In den Vororten Danzigs sah man große Büschel blühender Primeln. Rosen grünten, wie im Sommer, wenn auch die Blütenknospen durch den Dezember Frost gelitten haben. Selbst Leuchten waren in der Zeit noch anzutreffen. Da sich jetzt wieder Nachtfrost gezeigt hat, dürfte es mit dieser Herrlichkeit bald wieder vorbei sein.

Schwer verunglückt ist infolge eigener Leichtfertigkeit die Frau des Kaufmanns Kreuzwies in Gdingen. Sie gab in die brennende Spiritusmaschine aus einer Flasche Spiritus ein und verurteilte so eine Explosion. Die brennende Flüssigkeit ergoß sich über die Unglückliche, die plötzlich in Flammen stand. Nur dank sofortiger Hilfe konnte sie vom näheren Tode des Verbrennens gerettet werden. Mit schweren Brandwunden wurde sie ins Krankenhaus gebracht.

wurde Barrenturnen gezeigt. Es folgten Schaukämpfe im Ringen und Jiu-Jitsu. Von der Leichtathletik wurden dann noch einige Fendelwettkämpfe geäußert, die sämtlich von der Leichtathletik-Vereinigung gewonnen wurden. Tischtennis wurde im Einzel und im Gemischten Doppel gezeigt. Es folgte ein Zweier-Ruderspiel, das 2:0 endete, und als Abschluß ein Handballspiel zwischen dem Sportverein der Schulpolizei und Turnverein Neufahrwasser. Die Schupo war sehr schußfrendig und siegte 15:5.

Wintersport verregnet

Anlauf- und Skimeisterschaften verlegt!

Nachdem es eine ganze Zeitlang noch so ausgefallen hatte, als ob Obersdorf trotz aller Wetterstürze dem Föhn nachhalten könnte, wurden am Sonntagmorgen doch alle Pläne über den Lauf gewonnen. Bei 9 Grad Wärme begann es selbst in den höheren Lagen zu regnen, und am Ort der Wettkämpfe wechselten Hagel- und Regenschauer miteinander ab. Es wurde darauf beschlossen, die Anlauf- wie auch die Skimeisterschaften zu verlegen. Die Skimeisterschaften sind um eine Woche verschoben worden und beginnen somit erst am Dienstag in acht Tagen mit dem 50-Kilometer-Lauf. Die Anlauf-Wettkämpfe sollen entweder in München oder in Garmisch-Partenkirchen ausgetragen werden.

Diese Wettkämpfe müssen bis zum 14. Januar beendet sein, da tags darauf der Rennschluß für die Winterspiele abläuft.

Einlaufmeisterschaften doch in Garmisch

Nach sorgfältiger Prüfung der Wetterlage und -auslagen wurden die Skimeisterschaften nunmehr im Olympia-Stadion in Garmisch-Partenkirchen abgehalten. Bei 20 bis 30 Zentimeter Neuschnee mußten in Garmisch zehn Schneeschipper alle sechs Minuten das Eis vom Schnee befreien. Die üblich begannen zunächst die Männer mit ihren Pflichtläufen. Die sich sofort herstellte, war Ernst Baier noch vor seinen Mitbewerbern um eine Klasse überlegen. Gelassen wurden zwölf Figuren des olympischen Programms, die aber auch die beiden Berliner Lorenz und Geertlitz gut bewältigten. Zwischen diesen beiden entspann sich ein Kampf um den zweiten Platz, zumal die Münchener etwas überraschend zurückfielen.

Günther (München) reist neuen Weltrekord. Dem Münchener Mittelstürmer Günther gelang am Sonntag in Garmisch eine Weltrekordleistung. Im kniffligen Rennen brachte Günther 174 Pfund zur Hochrede. Günther verfehlte damit den bisherigen Weltrekord des Oesterreichers Gippinger um 4 Pfund.

Gegen Gerüchte um die polnische Währung

Eine Erklärung des Finanzministers Kwiatkowski
Der polnische Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident, Ingenieur Kwiatkowski, hat einen Vertreter der „Agentur Iskra“ empfangen, und ihm folgende Erklärung abgegeben:

In den letzten Tagen ist in der Presse ein Kommuniqué über die Ausführung des Staats im vergangenen Monat erschienen. Die in diesem Kommuniqué veröffentlichten Zahlen zeugen von einem bedeutenden Rückgang des Staatseinkommens. Ich muß betonen, daß im Dezember die neulich dekretierten Erhöhungen der Finanzeinkünfte nur eine teilweise Wirkung gehabt haben.

Mit desto größerer Entrüstung und mit Bestreben erfahre ich von den in der Bevölkerung kursierenden Gerüchten über eine angebliche Verringerung in der bisherigen Finanzpolitik der Regierung. Die Verbreitung solcher Gerüchte kann nur im Interesse von Spekulant und Feinden Polens geschehen.

Die Erklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Kwiatkowski demontiert dann auf entschiedenste die Nachrichten über angebliche Absichten der Regierung, irgend welche Devisenbeschränkungen einzuführen, eine Devisenüberwachungsstelle zu schaffen usw.

„Gerecht und freundlich“

Das Wohlfahrtsamt und die Hilfsbedürftigen
Dr. Derner, der neue Leiter des Wohlfahrtsamtes, hatte dieser Tage den Hauptauschuß des Wohlfahrtsamtes zu einer Sitzung im Rathaus eingeladen.

Zunächst wurde dann das Schriftführerprotokoll von der letzten Sitzung des Wohlfahrtsausschusses verlesen. In Erledigung der eigentlichen Tagesordnung erfährt man, daß im November an 14 188 Hilfsbedürftige 603 455 Gulden ausgegeben worden sind.

die von der Winterhilfe der N.S.-Volkswohlfahrt ausgegebenen Schuh- und Kleidungsstücke zum Leihamt getragen wurden.

Ferner wurde beantragt, das Milchgeld in den Familien für andere Zwecke verwendet werden. Das scheint uns doch ein Zeichen besonders großer Not zu sein, wenn die Eltern sich gezwungen sehen, ihren Kindern Kleidungsstücke vorzuenthalten und ihren Kindern auch diese notwendigen Milch nicht geben.

Nach Erledigung der Tagesordnung lernten die Versammelten dann auch das „zweite Protokoll“ kennen. Es war der Bericht der „Danziger Volkstimme“ über die letzte Sitzung des Wohlfahrtsausschusses.

Dagegen sind wir aber mit ihm gleicher Meinung, wenn er von den in der Wohlfahrtskommission tätigen Personen verlangt, daß sie zu den Hilfsbedürftigen gerecht und freundlich sind.

Wir haben keinen Anlaß daran zu zweifeln, daß Dr. Derner diese Worte wahr machen will. Wir möchten ihm deshalb nahelegen, einmal grundsätzlich zu prüfen, ob es wahr ist, daß kinderreiche Familien aus dem 30 000-Gulden-Fonds wegen ihrer politischen Einstellung nichts erhielten.

Im letzten Moment gerettet. Heute morgen bemerkte Nachbarn der 74 Jahre alten Witwe M., die in dem Hause Thornscher Weg 15 wohnt, daß Gas aus dieser Wohnung drann.

scheinend liegt ein Unglücksfall vor. Die Witwe, die nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Politische Hasenjagd

Ein Zeitbild aus dem Werder

In seinen kleinen Blatt „Smilchen Weichsel und Noget“ hat Landrat und Redakteur Andres auch folgende Zeilen der Truderschwärze anvertraut:

„Großkomtur gibt nichts für WGW., geht aber auf Hasenjagd.“

In unserer vorigen Ausgabe berichteten wir, daß der neugeführte Großkomtur des Jungdo, Heinrich Wiebe, Parichan, sich geweigert hat, sich am WGW zu beteiligen.

Am 7. Januar waren eine Anzahl Jägerleute zu einer Hasenjagd in Neuteichsdorf im Werder eingeladen. Eingeladen und erschienen war der vorstehend genannte Besitzer Heinrich Wiebe aus Parichan, worüber einige der Jäger meckerten.

Ausländische Gulden-Konten bei Danziger Banken

Eine Erklärung des Senats

Die Polnische Telegraphenagentur meldet aus Danzig: „Im Zusammenhang mit der Intervention des Generalkommissars der Republik Polen beim Senat der Freien Stadt Danzig betr. Zurücknahme eines Rundschreibens der Danziger Ueberwachungsstelle zur Regelung des Zahlungsvorgangs mit dem Auslande vom 2. November 1933, in dem die Annahme von Zahlungen, Ueberweisungen usw. auf ausländische Guldenkonten (Guldenkonten von Ausländern bei Danziger Banken, D. Red.) verboten wurde, hat der Senat des Generalkommissars die Erklärung abgegeben, daß die Danziger Behörden keine Schwierigkeiten bei Erteilung von Devisenbewilligungen für Zahlungen, Ueberweisungen usw. auf Rechnung von Polen und von polnischen Firmen machen würden.“

„Ade Dsche!“

Der Sprung in die Mottlau

Am Sonnabend, gegen 23 Uhr, stand der Arbeiter Johann N. mit zwei weiblichen Personen im Gespräch auf der Brücke. Plötzlich kletterte er über das Geländer der Brücke. Mit den Worten: „Ade Dsche!“ sprang er in die Mottlau.

Unser Wetterbericht

Wohlfühlend bewölkt, vereinzelt Schneehäuer, Temperatur um 0 Grad

Allgemeine Uebersicht: Ein neuer Sturmwirbel ist von Island her gegen die norwegische Küste vorgedrungen und nimmt die im Westen aufgetretenen Störungselemente als Randstörungen in seinen Einflussbereich auf.

Vorherjage für morgen: Wohlfühlend bewölkt, vereinzelt Schneehäuer, frische West- bis Nordwestwinde, Temperatur sinkend.

Aussichten für Mittwoch: Wolkig, teils aufheiternd, leichter Frost. Maxima der beiden letzten Tage: 8,8 und 4,0 Grad. — Minima der beiden letzten Nächte: 1,2 und 0,7 Grad.

Windwarnung von heute, 10-20 Uhr: Tiefausläufer über südliche Ostsee ostwärts ziehend, bringt Gefahr stark aufsteigender westlicher Winde. Signalball.

Danziger Standesamt vom 10. Januar

Sterbefälle: Chemiker und Medizinalrat Karl Silberbrandt, 82 J. — Schneider Hermann Kaiser, fast 58 J. — Betriebsleiter Karl Humboldt, 60 J. — Tochter des Arbeiters Otto Majewski, 14 Std. — Invalide Johann Matfiewicz, 79 J. — Ehefrau Wilhelmine Roschmidt geb. Schilder, 46 J. — Ehefrau Gertrud Kent geb. Genrich, 38 J. — Kaufmann Hans Pinn, 21 J. — Heinz Schmidt, ohne Beruf, 21 J. — Witwe Hedwig Hoppe geb. Schipple, 66 J. — Sohn des Invaliden Friedrich Fachmann, 9 Mon. — Eisenbahn-Obersekretär Ludwig Kellowski, 61 J. — Oberleutnant a. D. Richard Lohde, 65 J. — Ehefrau Emma Formella geb. Rohde, 33 J. — Arbeiter Gerhard Wisger, fast 78 J. — Ehefrau Maria Pogode geb. Weder, 67 J. — Ehefrau Apollonia Horn geb. Kapalla, 74 J.

Danzig-Langfuhr

Sterbefälle am 9. Januar: Ehefrau Doris Kobenader geb. Domanska, 49 J. — Wäckermeister Karl Morning, 69 J. — Witwe Johanna Schulz geb. Hannmann, 78 J. — Kaufmann Reimund Chujczynski, 39 J. — Tochter des graphischen Hilfsarbeiters Walter Kammer, 6 Mon. — Ehelich: 1 Knabe, 1 M.: 1 Mädchen, 7 Std.

Keralischer Nachrichten

In Ost- und Pringslichtfällen sehen heute nacht in der Zeit von 2 bis 6 Uhr folgende Meteor. Berührung: Dr. F. C. M. z. o. w. i. i. Pringslicht 17. Tel. 253 62; Dr. v. Selberich wecht. Langgasse 55, Tel. 277 27.

Minister Beck sprach im Hauptauschuß

Auch Danziger Fragen wurden erwähnt

Die bereits mehrfach angekündigte außenpolitische Rede des polnischen Außenministers Beck wird erst, wie aus Warschau berichtet wird, am Mittwoch gehalten werden. Am Sonnabend hielt Minister Beck im Haushaltsauschuß des Sejms eine Rede über den Etat des Außenamtes für das Jahr 1936/37.

Die Budgetkommission des Sejms bei der Arbeit

Die Budgetkommission des Sejms hat ihre Beratungen über die Budgetvorlage für das Jahr 1936/37 begonnen. In erster Linie wurde das Budget des Staatspräsidenten behandelt, das an Ausgaben 2 718 900 Zloty gegenüber 2 766 666 Zloty im gegenwärtigen Budget vorliegt.

Vor dem Ablauf der polnischen Regierungsvollmachten

Es sollen noch verschiedene Bestimmungen finanzieller Natur erlassen werden

Im polnischen Finanzministerium fand eine wichtige Konferenz zwischen dem Vizepremierminister Kwiatkowski, dem Vizefinanzminister Koc und dem Präsidenten der Bank Polski, Dr. Wroblewski, statt.

Vor zwei Jahren...

Der „Vorposten“ vom 10. Januar 1934 berichtete, daß der Prof. Dr. Ing. Friedrich aus Clausthal, dem von der nationalsozialistischen Regierung Deutschlands an der Bergakademie zu Clausthal eine Professur für Menschenführung übertragen wurde, in einer Versammlung Danziger Ingenieure und Architekten gesagt habe:

„Heute gilt es, das Steuer um 180 Grad herumzureißen.“

Wir wissen nicht, ob der Professor für Menschenführung auch von Schiffsführung etwas versteht. Wenn aber ein Schiffskurs um 180 Grad geändert wird, fährt man in entgegengesetzter Richtung zur ursprünglichen.

Nach dem „Vorposten“ vom 11. Januar 1934 hat der Verbandsleiter Pg. Penner in einer Versammlung ausgeführt:

„Wir nationalsozialistischen Arbeiterführer werden niemals Vonzen werden. Wir bleiben die Kameraden wie einst. Was wir erreichen wollen, sind größere Rechte und gesicherte Arbeitsverhältnisse für den Arbeiter.“

Ähnere ernte und größte Sorge gilt den ausgebeuteten Volksgenossen. Sie sollen es in diesem Jahre bei eunten d besser haben. Sie sollen von der Strafe und alle diejenigen, die bisher in Lohn und Brot standen, werden künftighin mit ihnen teilen müssen.

Die Arbeitskammeraden, die am meisten gehungert haben, sollen zuerst in den Vorteil dieser Vergünstigung gefest werden.“

Schade, schade, daß sich niemand an die Ausführungen des Pg. Penner gekehrt hat! Uebrigens soll nach der Werkbank vom 7. 12. 33 Hiller in Nürnberg im Gegensatz zu obigen Ausführungen gesagt haben: „Es ist nicht zu verlangen, daß derjenige, der nicht arbeitet, von der Arbeit anderer erhalten wird. Er kann das nicht fordern.“

„Der Unterschied — Arbeitgeber der Herr und Arbeitnehmer der Anesth — soll ausgerottet werden. In der Deutschen Arbeitsfront ist der Arbeitnehmer genau so viel wert, wie der Arbeitgeber.“

Das gilt aber nur innerhalb der Arbeitsfront und auch nur dann, wenn er Pg. ist. Würde man die Gleichheit auf allen Gebieten fordern wollen, so wäre das ja eine übernivellierende Gleichmacherei, wie es die Marxisten wollen. Da würde ja schließlich jeder ein Auto haben wollen. Na, noch schöner!

Polizeibericht vom 12. und 13. Januar. Festgenommen: 20 Personen, darunter 4 wegen Einbruchs, 1 wegen Betruges, 2 wegen Schmutzgefähs, 1 wegen Bettelns, 1 wegen Obdachlosigkeit, 1 wegen Vandalismus, 2 wegen Entziehung, 5 wegen Trunkenheit, 2 in Polizeihaft, 1 zwecks Festnahme. — Gefunden in Danzig: 2 Schlüssel an einer Schür, 1 Briefstabe, enthaltend Papiere für Eduard Sommerfeld, 1 Herrenhaushuhr, 1 Nadeluhrfette, 1 Sturmlaterne. — Verloren: 1 Vorkerfarte für Kurt Granica.

Wasserstandsrichten der Stromweichsel

vom 13. Januar 1936

Table with water level data for various locations on the Vistula river. Columns include location, date (12.1, 13.1), and water level (+1.99, +1.97, etc.).

